

Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Vormarxistischer Sozialismus, hrsg. von Manfred Hahn (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften / Geschichte 4014), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 337 S., kart., 17,80 DM.

Manfred Hahn, der 1970 bereits einen Bericht über »Präsozialismus: Claude-Henri de Saint-Simon« publiziert hat, will mit dieser Sammlung von Aufsätzen aus England, Frankreich, den USA, der Sowjetunion und der DDR – leider fehlt ein (in der Einleitung, S. 13, angekündigter) Beitrag aus Italien, etwa von G. M. Bravo – der deutschen (wissenschaftlichen) Öffentlichkeit den Anschluß an den hier im allgemeinen wenig bekannten internationalen Diskussionsstand zum »vormarxistischen Sozialismus« vermitteln, eine Intention, der der Band insgesamt durchaus gerecht wird. Wenn auch die Hälfte der Beiträge relativ einfach in einschlägigen Monographien bzw. Zeitschriften zu erreichen ist, so bietet die vorliegende Sammlung dem Benutzer doch die erleichterte Möglichkeit der Zusammenschau, zumal hier 9 der 13 Studien zum erstenmal in deutscher Übersetzung publiziert werden.

Hahn hat der Anlage nach sehr divergierende Untersuchungen ausgewählt. Teils handelt es sich um Literaturübersichten, teils um Analysen von Gesamtsystemen einzelner Frühsozialisten, teils um Studien zu Spezialproblemen von sehr unterschiedlichem Gewicht in deren Denken. Neben zwei Überblicksartikeln zum Gesamtkomplex (*Winfried Schröder* »Utopischer Sozialismus und Kommunismus«, S. 17–47, und *Renate Merkel* »Die von Marx und Engels geplante Bibliothek utopischer Sozialisten«, S. 48–57) sind sieben Beiträge den bedeutendsten französischen Frühsozialisten Babeuf (bzw. dem seine Ideen weitertragenden Buonarroti), Saint-Simon, Fourier und Cabet gewidmet (*V. M. Dalin* »Robespierre und Babeuf«, S. 58–74; entbehrlich, da Babeuf hier nicht im Mittelpunkt steht, erst recht nicht als Frühsozialist; *Arthur Lehning* »Buonarrotis Gedanken über Kommunismus und Diktatur«, S. 75–98; *Samuel Bernstein* »Saint-Simons Geschichtsphilosophie«, S. 99–115; *Jean Dautry* »Saint-Simons Auffassung von der Notwendigkeit der Revolution«, S. 116–148; *Johanson Zilberfarb* »Die Literatur über Fourier und den Fourierismus im Urteil eines Historikers«, S. 149–165, und ders. »Charles Fourier und die Französische Revolution«, S. 168–189; *Christopher H. Johnson* »Etienne Cabet und das Problem des Klassenantagonismus«, S. 190–231). Drei Beiträge druckt Hahn ab zum englischen Frühsozialismus: *E. P. Thompson* »Owenismus« (S. 232–258, die herausragende Studie dieses Bandes, da sie als einzige neben der politischen und ideengeschichtlichen Dimension auch sozialgeschichtlich im weitesten Sinne argumentiert), *G. D. H. Cole* »Sozialistische Ökonomien der 1820er Jahre« (S. 259–275) sowie ders. »John Francis Bray« (S. 276–283). Die letzte Untersuchung gilt dem deutschen Frühsozialisten Weitling (*Bernhard Kaufhold* »Wilhelm Weitling«, S. 284–327). Ein knapper, rasonierender »Bibliographischer Wegweiser« sowie ein Personenregister erhöhen den Nutzen dieses Readers.

Nicht ganz einsichtig ist, weshalb Hahn im Titel sowie in seiner kurzen Einleitung (S. 9–16) statt des hierzulande eingebürgerten Terminus »Frühsozialismus« (nach dem 1970 von ihm gebrauchten Begriff »Präsozialismus« nun) den des »Vormarxistischen Sozialismus«

benutzt, obwohl er selbst beteuert, keinen neuen Oberbegriff anbieten zu wollen. »Vormarxistischer Sozialismus« ist per definitionem bezogen auf Marx, der sowohl dessen Zielpunkt als auch dessen qualitativen Maßstab bildet (In diesem Sinne dürfte sich, wenn überhaupt, eher der Begriff »Vormarxscher Sozialismus« als der von Hahn verwandte empfehlen, da sich der Marxismus genau genommen bekanntlich erst in den 1880er Jahren als geschlossenes System und politische Weltanschauung herausgebildet hat). Im Gegensatz zu dem nach seiner Ansicht zu weiten und zu undifferenzierten Gebrauch des Wortes »Frühsozialismus«, der sich gelegentlich bis in die Antike erstreckt, kennzeichnet Hahn seinen Terminus »als Vorwegnahme von nicht mehr bürgerlichen Verhältnissen und Verhaltensweisen – Vorwegnahme *unter den Bedingungen der sich freisetzenden / freigesetzten bürgerlichen Gesellschaft*« (S. 12). In dieser Vorwegnahme »[drängten] bereits objektives Interesse und geschichtliche Aufgabe des sich herausbildenden Proletariats zum Ausdruck« (S. 13). Aufgrund dieser Eingrenzung des Begriffs (vgl. dagegen die Definition Schröders auf S. 24) fallen bei Hahn sowohl die im Zusammenhang mit den frühbürgerlichen Emanzipationsideologien auftretenden frühen Sozialisten seit dem 16. Jahrhundert aus, die auch von »vormarxistischen Sozialisten« als Kampfgefährten angesehen wurden, wie auch die Vertreter des »wahren Sozialismus«, die zeitweise in Deutschland den Sozialismus weitestgehend repräsentierten. Die Terminologie Hahns scheint daher weniger eine – ansonsten begrüßenswerte – Konkretisierung und Differenzierung als vielmehr eine Verkürzung des Begriffs »Frühsozialismus« zu bedeuten, zumal durch den vorwiegenden Bezug auf Marx die Gefahr eines Abgleitens in eine unhistorische Betrachtungsweise gegeben ist. Die »Frühsozialisten« haben doch zunächst einmal einen genuinen Stellenwert als Analytiker und/oder Kritiker der zeitgenössischen (feudalen, frühbürgerlichen, bürgerlichen) Gesellschaft, der allerdings bislang noch zu wenig aus seinem ganzen sozialhistorischen Zusammenhang heraus entwickelt und auf diesen hin interpretiert worden ist. Erst an zweiter Stelle sollten dann ihr Standort und ihre Funktion in der sozialistischen Traditionsreihe von Interesse sein. Insofern ist, ganz abgesehen von der die ersten beiden der folgenden Punkte prägenden zeitlichen Begrenzung auf die Industrielle Revolution, der Trias der Hahnschen Interessen nicht zuzustimmen, wenn seines Erachtens die »vormarxistischen Sozialisten« Aufmerksamkeit verdienen »(1) als Analytiker und Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft in der Periode der Industriellen Revolution; [...] (2) als Theoretiker objektiv des Proletariats unter den Bedingungen des *einsetzenden* Kampfes zwischen der Bourgeoisie und jener noch unfertigen Klasse [...] (3) als Wegbereiter der Lehre von Marx, als Wegbereiter des materialistisch-kritischen Sozialismus« (S. 14).

Nachdrücklich zu unterstreichen ist Hahns Hinweis, der »vormarxistische Sozialismus« sei »mit dem vielgenannten Dreigestirn Saint-Simon, Fourier und Owen nicht erschöpft, bleibt ebensowenig europäisch gebunden, sondern ist ein *europäisch-nordamerikanisches Phänomen*« (S. 13). Leider ist diese wichtige Erkenntnis für die vorliegende Sammlung ohne Folgerungen geblieben. Zwar werden außer den Genannten noch mehrere andere französische und englische Frühsozialisten sowie der Deutsche W. Weitling behandelt. Wir erfahren aber z. B. weder etwas über die skandinavischen Frühsozialisten, noch wurde eine Studie über die frühen nordamerikanischen Sozialisten aufgenommen. Diesem Mangel hätte mit einer Übersetzung der betreffenden Kapitel aus dem Werk von *Gian Mario Bravo* »Storia del socialismo 1789–1848. Il pensiero socialista prima di Marx« (Roma 1971; vgl. die Rezension von Volker Hunecke in: AfS XIII, 1972, S. 682–684) abgeholfen werden können, das aus sprachlichen Gründen bei uns kaum bekannt ist.

Diese kritischen Anmerkungen sollen jedoch nicht den Wert der vorliegenden Sammlung mindern. Hahn hat für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Frühsozialismus zur Zeit der Industriellen Revolution neue Anstöße gegeben und zugleich eine nützliche Arbeitsunterlage geschaffen.

Dieter Dowe

Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland, hrsg. von Wolfgang Emmerich, Bd. 1: Anfänge bis 1914, Bd. 2: 1914 bis 1945 (= das neue buch 50 und 61), Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1974/75, 403 und 475 S., brosch., 15 DM und 16 DM.

Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht. Autobiographische Texte zum Kampf rechtloser und entrechteter »Frauenspersonen« in Deutschland, Österreich und der Schweiz des 19. und 20. Jahrhunderts, hrsg. von Richard Klucsarits und Friedrich G. Kürbisch im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik/Wien, Peter Hammer Verlag, Wuppertal (1975), 416 S., kart., 38 DM.

Die literarischen Äußerungen von Arbeitern und die darauf bezogenen Aktivitäten in der Arbeiterbewegung sind im Anschluß an die Studentenbewegung auch in der Bundesrepublik Gegenstand der Forschung geworden. Nach einigen Darstellungen und Untersuchungen zur Arbeiterliteratur im engeren Wortsinn wurde in diesem Zusammenhang auch das Gebiet der Arbeitermemoiren wiederentdeckt. Durch Neuausgaben der Lebensgeschichte M. Th. W. Brommes und F. Rehbeins wurden herausragende Beispiele wieder zugänglich gemacht.

Da nur die wenigsten solcher Texte die Chance haben werden, selbständig neu herausgegeben zu werden, sind solche Unternehmungen, wie sie Wolfgang Emmerich einerseits und Richard Klucsarits und Friedrich G. Kürbisch andererseits versucht haben, lobenswert. Sie präsentieren eine breite Auswahl von Arbeitermemoiren in für sie je relevanten Auszügen. Wie bei jeder Quellensammlung, die ihr Material ausschnittweise vorlegt, ist die Konzeption, unter der der oder die Herausgeber verfahren, von wesentlicher Bedeutung. Denn die meisten Benutzer werden solche Editionen nicht von vorn bis hinten lesen, sondern, von den Hilfen des Herausgebers geleitet, das für ihre Zwecke Passende suchen. Beide Dokumentationen gehen hier trotz äußerer Ähnlichkeiten verschieden vor, sie seien daher nacheinander vorgestellt.

Wolfgang Emmerichs Textsammlung umfaßt zwei Bände (Von den Anfängen bis 1914; 1914 bis 1945). Darin vereinigt er Selbstäußerungen von über 120 Autoren. Das Material entstammt selbständig erschienenen Memoiren, Zeitungen (Der wahre Jakob, Die Aktion) und zeitgenössischen Sammelberichten (Antlitz der Zeit, 1926). Die Textabschnitte sind kurz, z. T. im zweiten Band etwas länger. Soweit es sich nicht um schon im Original kurze Skizzen handelt, sind die Kürzungen nicht vorgenommen worden, um die Wirkungsabsicht des seinerzeit Schreibenden konzentriert vorzuführen, sondern um den zu der von Emmerich gegebenen Systematik der Entwicklung passenden Abschnitt vorzulegen. Der Bogen der in dieser Weise zu Wort gekommenen spannt sich von Ulrich Bräker (Armer Mann im Tockenburg) über August Bebel (Aus meinem Leben) zum Mädchen Kathrin (Bleuler [Hrsg.], Aus der Lebensbeschreibung einer Armen), über die Mitglieder der Arbeiterkorrespondentenbewegung bis zu antifaschistischen Widerstandskämpfern und deren Abschiedsbriefen.

Die Dokumentation beginnt also, chronologisch gefaßt, 1740 mit »Armut, Anfänge der industriellen Revolution und Proletarisierung« und endet 1945 mit dem »vorläufigen Ende des Faschismus«.

Diese enorme Breite der Materialauswahl bedingt konsequenterweise eine ebensolche Heterogenität, die sich dreifach beschreiben läßt:

- mehr oder weniger unterschiedliche, in den Extremen völlig unterschiedliche gesellschaftliche Situation der Schreibenden,
- unterschiedlicher Bewußtseinsstand der Schreibenden im Sinne einer unterschiedlichen Verarbeitungsfähigkeit des Erlebten,
- unterschiedliche zeitliche Distanz zwischen Erlebnis und Niederschrift.

Die doch beachtliche Heterogenität des Materials fängt Emmerich in einem Theoriekonzept auf, für das er in Anspruch nimmt, daß es keine »Konstruktion a priori« sei (Bd. 2, S. 34). Dieses Konzept legt er in ausführlichen Einleitungen zu beiden Bänden, historisch informierenden Einführungen in die sieben chronologischen Hauptabschnitte und Kurzinformationen zu den Einzeltexten dar. Es legitimiert Textauswahl und -kürzungen, hält die Sammlung zusammen, informiert den Leser, der zu diesem »Lesebuch« greift, und macht Emmerichs Wirkungsabsicht verständlich: durch die historische Dokumentation von Klassenbewußtsein erneut Klassenbewußtsein schaffen zu wollen (s. die Einleitungen zu Bd. 1 und 2).

Dabei ist das Kontinuum, das ihm ermöglicht, mit Texten zu beginnen, die das Bewußtsein vorindustrieller Unterschichten zeigen, seine Vorstellung von der Entwicklung der »unteren Klassen« (Bd. 1, S. 167). Diese sind offenbar objektiv, von ihrer sozio-ökonomischen Lage her, seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bis heute die gleichen. Selbst wenn man beiseite läßt, daß sich in der automatischen Zurechnung von Handwerker- bzw. Gesellenelend zum entstehenden Kapitalismus eine doch merkwürdige Verklärung feudaler Produktionsverhältnisse zeigt, bleibt hier ein gravierendes, die Textkommentierung begleitendes Problem. Die Textsammlung dokumentiert realiter vorhanden gewesenes Bewußtsein. Und so zeigt sie in den frühen Zeugnissen (Handwerker um 1800) schlicht Handwerkerbewußtsein. Wenn aber ein Geselle um 1800 in Deutschland Abhilfe für Mißstände, die er erlebt, innerhalb der Möglichkeiten der Zunft denkt, so ist dies dem Herausgeber »fatal« (Bd. 1, S. 67). Dieses Problem zieht sich weiter: Die Heterogenität der konkret vorhandenen und z. T. breit vorgeführten Bewußtseinsstände wird durch den abstrakt-äußerlichen, gemeinsamen Überbegriff scheinbar aufgehoben: Der nicht-selbständige Handwerker hat die gleiche sozio-ökonomische Lage wie der Fabrikarbeiter. Er erscheint in der Kommentierung als Übergangsfigur im Entwicklungsschema der »unteren Klassen«. Dies führt mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse über die Stadien »bloßes Opfer und Untertan der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse«, »individuelle Formen des Protestes« zur Fähigkeit, »das proletarische Leben nicht mehr aus der Perspektive des mehr oder weniger hilflosen Objekts der Geschichte zu beschreiben, sondern die eigene individuelle Entwicklung mit der Klassen- und Gesellschaftsentwicklung in enge Beziehung zu setzen« (Bd. 1, S. 22). Auf dieser letzten Stufe kann dann die proletarische Selbstdarstellung »Exempel« sein »für das Leben der Arbeiterklasse insgesamt« (ebda.). Eine solche proletarische Selbstdarstellung hat eine didaktische Intention: Sie versucht, mit der Darstellung der eigenen Entwicklung politische Lernprozesse zu initiieren.

Dieses Schema wird aber realiter zweimal durchbrochen. Einmal ist die letzte Stufe in Emmerichs Sammlung ein Idealtyp, der manchmal erreicht wird, öfter aber nicht. Zum anderen verläuft die Entwicklung der Klasse nicht in solcher Stufenfolge. Es kommt noch hinzu, was auch Emmerich sieht, daß die Arbeiterautobiographen, deren Äußerungen zur Konstituierung des Idealtyps herangezogen wurden, »ausnahmslos alle [. . .], sofern sie die Weltkriegszeit überlebt haben, in der Mehrheitssozialdemokratie geblieben bzw. bald aus der USPD zu ihr zurückgekehrt sind und damit die Politik eines Gustav Noske und anderer rechtssozialdemokratischer Politiker sanktioniert haben«. (Bd. 1, S. 25, Hervorhebung von Emmerich.)

Emmerich hilft sich aus diesem Dilemma durch die Einführung der Kategorie »ideologische Ungleichzeitigkeiten und politische Fehlorientierungen« (Bd. 1, S. 24). Hier erreicht die Interpretation den Punkt, an dem die Zurechnung von objektiver Lage und eigentlich passendem Bewußtsein, das aber nicht erreicht wird, mit einer Kette teils alter, teils neu gefaßter Theoreme gedeckt werden soll. Neben der These von der Arbeiteraristokratie und der Arbeiterbürokratie steht nun noch die auf Bromme, Popp etc. bezogene von der nicht vollgültigen Vereinigung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus. Wenn

dann schließlich für den Bewußtseinsstand in der Arbeiterbewegung »die mangelhafte politische Anleitung der Arbeiter durch die Partei verantwortlich zu machen« ist (Bd. 1, S. 302), erweist sich der »Erklärungszusammenhang« als logisches Konstrukt. Wenn die (empirisch nicht in der Form haltbaren) Thesen von der Arbeiteraristokratie und -bürokratie ernst gemeint sind, die Funktionärin Popp ein noch nicht richtiges Bewußtsein hat, wer soll eigentlich wen »politisch anleiten«?

Die Subsumierung der Materialien unter die Theorie wird durch die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht einfacher. Schon für die Zeit vor 1914 sind Teile aus Lebensberichten wie Bürgel »Vom Arbeiter zum Astronauten« aufgenommen, um mit pejorativem Nebenton den »Aufstieg aus der Arbeiterklasse« zu belegen. Nun gibt es die Memoiren von Scheidemann und Noske, »die eine Repräsentanz ganz anderer, für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bedenklicher Art« zeigen, als dies die klassische Arbeiterautobiographie tut (Bd. 2, S. 13). Hierher gehört wohl der Auszug aus Severings »Mein Lebensweg«, der unter dem Kommentar erscheint: »Aber welcher Unterschied: Für den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Redakteur – mitten auf dem Weg ›vom Schlosser zum Minister!« (so der Untertitel der Autobiographie) wird der Krieg zum ›unabwendbaren‹ Schicksal, das in Klassen gespaltene Volk zu *einer* Nation mit ›Millionen Gliedern««. (Bd. 2, S. 101). So selbstverständlich das Scheitern der mit der mehrheitssozialistischen Haltung im Krieg verbundenen Hoffnungen sich heute liest, sollte man doch nicht vergessen, daß für die Träger dieser Politik damit die Hoffnung auf endliche Gleichberechtigung verbunden war.

Arbeiterdichter wie Bröger oder Lersch, die nach 1933 nationalsozialistisch vereinnahmt wurden oder sich den Nationalsozialisten anschlossen, fallen aus dem Konzept ganz heraus. Waren vorher vorkapitalistische Handwerker schon fast Proletarier, stammt nun Lersch »genau genommen aus dem proletaroiden, deklassierten Kleinbürgertum, wie die meisten andern Arbeiterdichter« (Bd. 2, S. 266, s. auch S. 14), und ist von daher für die Entwicklung von Klassenbewußtsein verloren. Der darin steckende Schematismus hilft in beiden Fällen nicht zu einer befriedigenden Lösung.

Daß Emmerich die Politik der KPD von 1924 bis 1928 realistisch, die Kulturpolitik des BPRS richtig erscheint, ist nur konsequent.

Wenn Arbeitermemoiren sozialistische Literatur sind und der »richtige Anspruch« an die sozialistische Literatur zeitlos definierbar ist als »Widerspiegelung und Instrument der proletarischen Bewegung« (W. Friedrich, zit. Bd. 1, S. 26), wenn dann klar ist, was die proletarische Bewegung jenseits ihrer wirklichen Geschichte hätte sein müssen, bleibt die Interpretation eine Zuweisung von Benotungen, die dem Verdikt verfallenden Texte unerschlossen.

Die Dokumente, die Emmerich herausgibt, faßt er unter dem Untertitel »Entstehung der Zweiten Kultur in Deutschland« zusammen. Hierzu bedient er sich eines »weiten Kulturbegriffs«, der ausgeht von der produktiven Arbeit des Menschen als zentralem Akt des kulturschöpferischen Prozesses. Mit der antagonistischen Stellung im Produktionsprozeß ergeben sich zwei Kulturen, wobei der Begriff der Kultur in eins gesetzt wird mit dem der Lebensweise. Für die Arbeiterklasse entstehen aus ihrer Lage selbst eine bestimmte Auffassung der gesellschaftlichen Beziehungen und das Bedürfnis nach ihrer Veränderung. Aber erst das, was die Klasse aus ihrer Lage macht, ist die Lebensweise. Die Ableitung, bei der sich Emmerich auf Williams, Jacobeit und Mohrmann stützt, wird ergänzt durch die Auswertung einer Lenin-Feststellung: Danach definiert sich die Zweite Kultur vom sozialen und politischen Inhalt her, »ist *nicht ausschließlich* an das Proletariat als Klasse gebunden«. (Bd. 1, S. 34) (Immerhin sind die Arbeitermemoiren das Scherflein, das nur die Arbeiter selbst zu ihrer Bewegung beitragen können, dies bleibt unbestritten.) Dieser Begriff der Zweiten Kultur führt zurück zu der Ausgangsfeststellung der Relevanz der objektiven

Lage bzw. deren polit-ökonomischer Bestimmung. So, wie Emmerich seine Theorie bildet, wäre hier nicht zuerst über Kultur zu diskutieren, sondern über diese Begrifflichkeit und ihren Aussagebereich. Nur soviel: Wenn Bewußtsein immer auch eine subjektive Kategorie ist, wir aber über die Vermittlungsstrukturen zwischen gesellschaftlichem Einfluß und individueller Auffassung noch wenig wissen, ist es auch keine Lösung, diese Lücke mit als *deus-ex-machina* an die Realität herangetragenem Postulaten zuzuschütten. Man könnte sich vorstellen, daß es sich vom Erkenntniswert eher auszahlt, empirische Befunde auch von ihrer subjektiven und zeitgebundenen Seite ernst zu nehmen.

Vielleicht wäre dann auch die Intention des Herausgebers, Arbeitermemoiren für Arbeiter zu präsentieren, eher zu verwirklichen. So sind Stil und Begrifflichkeit, nicht zuletzt auch die schwer erträgliche begriffliche Distanz der Kommentare zu dem wirklich im Text beschriebenen Elend (Eltern sichern die Subsistenzmittel, Arbeiter sind in der Konsumtion beschränkt) eine Lesebarriere für die Adressaten.

Daß es auch anders geht, zeigen *Klucsarits* und *Kürbisch*. Ihre Dokumentation bezieht sich von vornherein nur auf Frauen. Dies hat seinen Wert, selbst wenn man fürchten müßte, daß hier das »Jahr der Frau« mitgewirkt haben könnte. Der Wert besteht darin, daß gerade zur Rolle der Frau in der Arbeiterbewegung bisher wenig leicht zugängliches Material existiert. Die beiden Herausgeber haben aufgrund dieser Einschränkung eine doppelte Aufgabe. Sie müssen ihre Bezugsgruppe zum einen abgrenzen von der bürgerlichen Frauenemanzipationsbewegung, zum andern ihre Rolle in der Arbeiterbewegung selbst verdeutlichen. Dem ersteren dienen die Ausführungen zum Frauenrechtskampf, die durch die folgenden Texte sehr klar belegt sind. Hervorzuheben sind aus dem Unterscheidungskatalog vor allem zwei Merkmale. Die proletarischen Frauen kämpften nicht um die berufliche Gleichberechtigung mit dem Mann, d. h. gegen ihn. Durch die materielle Not zur Erwerbstätigkeit gezwungen, war die Situation, in die sie sich als Arbeitende gestellt sahen, die gleiche wie die der Männer. Die proletarische Frauenbewegung kämpfte daher für die Aktivierung der Frauen im Kampf für die Gleichberechtigung aller, d. h. in der Konsequenz mit den Männern zusammen.

Die Textsammlung ist in zwei Teile geteilt. Im ersten sind die autobiographischen Zeugnisse von Arbeiterinnen zusammengefaßt. Er deckt den Zeitraum von den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis in die Zeit des Faschismus ab. Er ist in sich wieder gegliedert nach drei Gesichtspunkten: Feststellung eines sozialen Tatbestandes; Privilegienstaat als politischer Lernprozeß; Bewußtsein von der Veränderbarkeit der Welt. Im zweiten Teil wird der Kampf der Frauen in und mit der Arbeiterbewegung durch »Abhandlungen, Berichte, Dokumente« aus dem gleichen Zeitraum ergänzend beschrieben. Am Ende des Bandes findet sich eine »Zeittafel zur Geschichte der Frauenemanzipation von ihren Anfängen bis zur Erlangung der politischen Gleichberechtigung in Deutschland und Österreich«.

Der Anspruch der Herausgeber ist mit dem Emmerichs nicht zu vergleichen, da sie kein »Geschichtsbuch« vorlegen. Ihre Ausführungen »Zur Geschichte und zur operativen Wirkung der Arbeiterautobiographien« dienen der Einordnung ihres Materials und der Abwägung der darin enthaltenen Aussage: Arbeitermemoiren sind klar eingrenzbar Texte, definiert durch die Zugehörigkeit des Autors zur Arbeiterklasse. Ihre inhaltliche Bestimmung unterscheidet sich von der bei Emmerich zugrundegelegten durch Verzicht auf normative Anforderungen. »Die individuellen Erfahrungen des Arbeiters im Arbeitsprozeß und in der Gesellschaft und seine dadurch ausgelöste und beispielhaft wirkbare Re-Aktion, die er in seinen autobiographischen Texten aufzeichnet, analysiert und in Signale umsetzt, decken sich mit den Erfahrungen und den Verhaltensweisen der Arbeiterklasse, deren Not und Hoffnung er teilt. Arbeiterautobiographien repräsentieren demnach die gesellschaftliche Lage und die politische Bewußtwerdung der Arbeiterklasse« (S. 239).

In diesem Zusammenhang distanzieren sich die Herausgeber ausdrücklich von einem Verfahren, das in der Handwerkerautobiographie eine Vorstufe zur Arbeiterautobiographie sieht. Der Protest des Handwerkers richtete sich nicht gegen die gesellschaftlichen Zustände, sondern gegen seine individuelle Lage. Der Erwerb einer florierenden Werkstatt führt zum Einverständnis mit der herrschenden Gesellschaftsordnung. Da die Verfasser durch diese Abgrenzung ein deutlich umrissenes Untersuchungsfeld vor sich haben, kristallisieren sich die Charakteristika stärker heraus. Unter den angeführten seien nur als Voraussetzungen erwähnt: Zusammenballung des Industrieproletariats im Verlauf der Industrialisierung, die Einebnung der Gegensätze zwischen den Arbeitern durch die kapitalistische Produktionsweise und – aus dem Bereich der Organisation – die Sogkraft der in der Freien Gewerkschaftsbewegung vertretenen Selbst- und Soforthilfe. Das Entstehen eines als Klasse handlungsfähigen Proletariats, die Organisation und die Arbeit der Organisationen bezogen auf Aufklärung und Bildung erscheint als ein nicht mechanisch zerreißbarer Prozeß. Die Arbeiterautobiographie erscheint in diesem Prozeß erst, als beide, fortgeschrittene industrielle Entwicklung und autonome Arbeiterbewegung, vorhanden sind. Ein Auszug aus Wenzel Holeks Lebensbeschreibung dient noch einmal als deutlicher Beleg für die Bewußtwerdung in diesen »wirtschaftlich schwächsten und geistig vernachlässigten Gruppen der Bevölkerung« (S. 241). Die Autoren fassen zusammen, »lange Arbeitszeiten, völlig unzureichende Wohnverhältnisse, materielle Not, ungesicherte Existenz treten zur aus verschiedenen Gründen unzulänglichen Schulbildung – kein Wunder, daß sie »bei der einseitigen körperlichen Arbeit auch noch zum großen Teil verloren geht, wie die Sprache arm an Worten klingt, wie selbst das Schreiben verlernt wird.« Wenn sie darauf verweisen, daß diese Gründe »den Umfang und die Höhe der kulturellen Kraft der Arbeiterklasse mitbestimmen, so können sie eine ebenso nüchterne wie beachtliche Bilanz ziehen, die aber nicht verwundert, wenn man die Zeitungen und Zeitschriften etc. der Arbeiterbewegung kennt. Sie sprechen von einem vorläufigen Stand von 1037 Arbeitern und Arbeiterinnen, die zwischen 1860 und 1975 selbständig veröffentlichen oder Beiträge zu Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterbewegung herausbringen; davon liegt von 316 autobiographisches Material vor. Durch diese Hinweise korrigieren Klucsarits und Kürbisch auch das sonst gezeichnete Bild von der Veröffentlichung von Arbeitermemoiren. So sehr für die Parteiverlage zutrifft, daß sie nur Bruchteile der insgesamt erschienenen Lebensbeschreibungen veröffentlichten, so wenig läßt sich daraus verallgemeinern. Denn zum einen wurde ein Teil der Berichte von vornherein in Arbeiterkalendern etc. veröffentlicht, zum andern wurde für die selbständig – auch in bürgerlichen Verlagen – erschienene Literatur in der Arbeiterpresse und durch die Vertrauensmänner geworben.

Die Autoren betonen von daher mit guten Argumenten, daß die operative Wirkung der Arbeiterautobiographien bis 1933 bzw. in Österreich bis 1934 durchaus genutzt wurde. Die schon oben aus Emmerichs Darlegungen zitierte abstrakte Definition, nach der die Memoiren »Instrument der proletarischen Bewegung« zu sein hätten, sehen sie daher als erfüllt an.

Da die Dokumentierung und die Verarbeitung der Zwischenkriegszeit spärlicher ausfällt, wäre zu wünschen, daß hier in Zukunft Forschungsdefizite geschlossen werden könnten. Schon der Vergleich der Textauswahl, die Emmerich bzw. Klucsarits und Kürbisch aus der Sammlung »Mein Arbeitstag – Mein Wochenende« von 1930 treffen, weist auf Differenzen auch hier hin. Insgesamt bleibt festzustellen, daß der Band »Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht« aufgrund der Gestaltung und der lobenswerten sprachlichen Plastizität auch von Lesern benutzt werden kann, die ohne einschlägige begriffliche Kenntnisse sind.

Monika Kramme

Wilhelm Liebknecht, Leitartikel und Beiträge in der Osnabrücker Zeitung 1864 – 1866, hrsg. von Georg Eckert † (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen XXXV: Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit, Bd. 1), August Lax Verlagsbuchhandlung, Hildesheim 1975, 794 S., kart., 68 DM; Ln., 74 DM.

Der 1974 verstorbene Georg Eckert hat mit seinen Editionen des Briefwechsels W. Liebknechts mit Marx und Engels (The Hague 1963) und mit deutschen Sozialdemokraten (Bd. 1, Assen 1973) wichtige Beiträge zur Aufhellung der Formierungsphase der deutschen Arbeiterbewegung und unentbehrliche Grundlagen für eine Biographie Liebknechts geschaffen. Der vorliegende Band ergänzt diese Publikationen durch einen bedeutsamen Ausschnitt aus W. Liebknechts umfangreicher journalistischer Tätigkeit im Reichsgründungsjahrzehnt. Liebknecht war auf diese Arbeit angewiesen: finanziell, um den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen, und politisch, da er keine anderen Publikationsmöglichkeiten besaß. Denn seine Mitarbeit am Organ der Lassalleaner, dem »Social-Demokrat«, war Anfang 1865 durch seinen Bruch mit dem ADAV bereits nach wenigen Wochen beendet worden, und über ein eigenes Organ konnte er erst ab 1868 mit dem »Demokratischen Wochenblatt« verfügen, nachdem zuvor mehrere Versuche, Zeitungen zu gründen, gescheitert waren. Die bislang unbekannte Mitarbeit Liebknechts an der »Osnabrücker Zeitung« (ÖZ) ist eine Entdeckung Eckerts. Der Inhalt von Liebknechts Artikeln in diesem Blatt war in den Grundzügen jedoch bereits bekannt, da er zahlreiche Artikel mit mehr oder weniger geringen Modifikationen auch in anderen Zeitungen veröffentlicht hatte; insbesondere im »Oberrheinischen Courier« (Freiburg), den G. Ebersold (»Die Stellung W. Liebknechts und A. Bebels zur deutschen Frage 1863 bis 1870, phil. Diss. Heidelberg 1963) erstmals detailliert ausgewertet hat.

Die Autorschaft der Artikel in der OZ zu klären, erwies sich als recht schwierig, da Liebknecht und der Herausgeber der OZ, Alexander Liesecke, ihre Beiträge jeweils mit »L« gezeichnet haben. Bis auf eine geringe Zahl von Artikeln konnte Eckert die Frage der Zuordnung jedoch eindeutig entscheiden. Da er für jeden der abgedruckten Artikel Liebknechts die parallelen Überlieferungen im »Oberrheinischen Courier«, im »Deutschen Wochenblatt«, dem Organ der badischen Demokraten, und in Cottas »Morgenblatt für gebildete Leser« anführt und wichtigere Modifikationen ausführlich zitiert, hat Eckert mit dieser Edition ein umfassendes Kompendium für die journalistische Tätigkeit Liebknechts in der Mitte der 1860er Jahre geschaffen.

Liebknecht hatte die Aufgabe übernommen, den überregionalen Teil der OZ, die vom 19. Mai 1864 bis 16. Juni 1866 erschien, im wesentlichen zu gestalten. Er war deshalb gezwungen, für seine weltpolitischen Überblicke die großen Tageszeitungen auszuwerten, wie es durchweg jene Blätter taten, die sich auf einen lokalen Einzugsbereich beschränkten, ihre Leser gleichwohl aber über das Geschehen in aller Welt informieren wollten, um sich so gegen die doppelte Konkurrenz seitens der großen Tageszeitungen und der Lokalblätter gleichermaßen behaupten zu können. Diese mitunter recht ausführlichen, reinen Informationspassagen der Artikel, die grundsätzlich ungekürzt abgedruckt wurden, konnten kaum eigenständige Interpretationen Liebknechts bieten und sollten es wohl auch nicht. Das sollte bei der Auswertung dieser Edition bedacht werden. Es ist bei künftigen Editionen ähnlicher Art auch eine Überlegung wert, ob auf den Abdruck offensichtlicher journalistischer Pflichtübungen nicht verzichtet werden sollte zugunsten eines Sachkommentars der übrigen Artikel, der bei dieser Edition wohl aus Platzmangel entfallen mußte.

Ein weiteres Problem, das besonderer quellenkritischer Sorgfalt bei der Auswertung der Artikel bedarf, wird durch den Leserkreis der OZ bedingt: Diese war vornehmlich für ein bürgerliches, nationaldemokratisch orientiertes Publikum bestimmt (siehe insbesondere den

Eröffnungsartikel, S. 27 f.). Das mag mit erklären, warum die sich formierende deutsche Arbeiterbewegung kaum Resonanz in Liebknechts Artikeln gefunden hat. Sein Bruch mit den Lassalleanern oder seine Aktivität in der Internationalen Arbeiterassoziation und auch seine gemeinsame Arbeit mit Bebel in den sächsischen Arbeitervereinen – all dies vollzog sich bzw. begann 1864/65 – gaben keinen Stoff für Leitartikel ab. Die Problematik einer selbständigen Arbeiterbewegung tauchte nur auf, wenn Liebknecht – an wenigen Stellen – die Gefahr einer Verbindung des »preußischen Cäsarismus« mit dem »Socialismus« beschwört (S. 306) oder wenn er zufrieden konstatiert, daß sich die »Allianz der Arbeiter mit den Junkern« als »eitler Traum« (S. 557 f., siehe auch S. 322 f.) erwiesen habe. Trotz seiner scharfen Kritik an der Fortschrittspartei, die ihm zu wenig energisch im Kampf gegen Bismarck und zu preußisch war, sah er doch noch den Platz der deutschen Arbeiter an der Seite dieser Partei im gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion. Die langsame Lösung Liebknechts von dieser politischen Linie, die aus seinen Artikeln in der OZ erkennbar wird, bedarf für die Jahre vor der Gründung des Norddeutschen Bundes noch einer genaueren Untersuchung.

Im Zentrum der Leitartikel Liebknechts steht zweifelsohne das Problem des deutschen Nationalstaats, das er in seinen Beiträgen zum Schleswig-Holstein-Konflikt immer wieder in den verschiedensten Aspekten analysierte und im Gesamtzusammenhang europäischer Politik interpretierte. Die Art, in der die Lösung des Schleswig-Holstein-Konfliktes erfolgen werde, so betonte Liebknecht, würde den deutschen Weg zum Nationalstaat festlegen und damit zugleich die politische und gesellschaftliche Struktur dieses Staates. Es gehörte zu den Grundüberzeugungen Liebknechts, daß bei einer preußisch-hegemonialen Lösung des Konflikts Bismarck durch das »Prestige des nationalen Erfolges« (S. 106) innenpolitisch nahezu unangreifbar werde. Ein Deutschland nach dem Muster Bismarcks, des »eingefleischtesten Feindes der Freiheit und des Rechts« (S. 78), würde sich, das stand für Liebknecht fest, als ein mächtiges Bollwerk gegen freiheitliche Reformen erweisen. Als alternative Entwicklungsmöglichkeiten für einen deutschen Nationalstaat à la Bismarck hatte er Frankreich, das »Musterland des »aufgeklärten Absolutismus«« (S. 451), dessen bonapartistisches System er scharfsichtig in vielen Artikeln analysierte, und England vor Augen, dessen Regierungssystem er als puren Scheinparlamentarismus deutete. Seine berühmte Charakterisierung des Norddeutschen Reichstags als »Feigenblatt des Absolutismus« hat unübersehbare Vorläufer in seinen Beiträgen in der OZ zur Politik des »scheinparlamentarischen England« (S. 97): »Nirgends sonst eine so ungemilderte Classenherrschaft, nirgends sonst eine so systematische, so vollständige Enterbung der Massen«. (S. 477). Erst die in den OZ-Artikeln dicht belegte, tiefsitzende Furcht Liebknechts, daß ein preußisch-hegemoniales Deutschland im Innern kaum mehr zu reformieren wäre, erklärt seine vehemente Ablehnung der Nationalpolitik Bismarcks, erklärt auch seine Bereitschaft, zugunsten einer möglichst breiten antipreußischen Front eine Allianz aus politisch und sozial durchaus heterogenen Elementen in Kauf zu nehmen. Diese Furcht, durch Bismarck die Einheit ohne Freiheit und vor allem ohne Aussicht auf Freiheit zu erhalten, bestimmte Liebknecht auch, seine antipreußische Politik im Norddeutschen Bund im scharfen Dissens mit Marx und Engels fortzusetzen.

Liebknechts Position, die er in seinen Beiträgen für die OZ vertrat, kann nicht mit dem Gegensatzpaar »Großdeutsch-Kleindeutsch« gekennzeichnet werden. Er optierte weder für Preußen noch für Österreich – darin glich seine Haltung der Politik der süddeutschen Föderalisten in der Deutschen Volkspartei, mit der Liebknecht gegen den Willen von Marx und Engels so intensiv zusammengearbeitet hat.

Liebknecht votierte für den deutschen Nationalstaat ohne Zentralismus und für den Föderalismus ohne Partikularismus (S. 521 u. ö.). Als Vorbild hatte er die Vereinigten Staaten vor Augen, deren innenpolitische Entwicklung er in einer Vielzahl von Artikeln kommen-

tierte. Die Vereinigten Staaten, so wie Liebknecht sie sah, kamen seinem Ideal eines Staates recht nahe: föderalistischer Nationalstaat mit starker, aber auf das notwendige Maß beschränkter Zentralgewalt, machtvoll nach außen, ohne diese Macht außenpolitisch als militärisches Drohpotential einzusetzen; vor allem aber als demokratische Republik Garant einer freiheitlichen Innenpolitik, die sich in den Kämpfen um die Sklavenbefreiung bereits bewährt habe. Darüber hinaus erschienen ihm die Vereinigten Staaten geradezu als eine Art gelobtes Land für die Arbeiterschaft. Die Arbeiter, so formulierte Liebknecht, »bildeten in Amerika keine besondere Classe« (S. 148). Als Staatsbürger seien sie in der demokratischen Republik mit allen bürgerlichen Rechten gleichberechtigt ausgestattet und aufgrund der hohen Löhne »mit der festen Aussicht auf baldige bürgerliche Selbständigkeit. Das ist eine unumstößliche Tatsache« (S. 149). Für eine Politik des Klassenkampfes fehlte also nach Liebknechts Ansicht in den Vereinigten Staaten jegliche Voraussetzung und Notwendigkeit. Derartige Formulierungen waren keine sprachlichen Fehlleistungen eines vielgeplagten Journalisten, der unter ständigem Zeitdruck schrieb, denn ähnliche Perspektiven publizierte er häufiger. Marx kommentierte diese Haltung Liebknechts in einem Brief an Engels in der ihm eigenen drastischen Ausdrucksweise: »Das Vieh glaubt an den zukünftigen ›Staat der Demokratie!« (10. Aug. 1869; MEW 32, S. 360). In der Tat, das tat er.

Liebknecht, so zeigen viele Artikel in der OZ mit Nachdruck, lebte noch ganz in der Hoffnung, politisch an die bürgerliche Revolution von 1848 anknüpfen zu können. Auch dies verband ihn mit den süddeutschen Demokraten. Der deutsche Nationalstaat sollte nicht durch eine der beiden deutschen Großmächte realisiert werden, sondern eine vom Volkswillen getragene starke Zentralgewalt sollte über allen einzelstaatlichen Regierungen stehen, Freiheit und Einheit gleichermaßen und gleichzeitig erzwingen. Jeder »Versuch einer volksthümlichen Umgestaltung Deutschlands [müsse] an das deutsche Parlament von 1848 und 1849 anknüpfen« (S. 675). Er ging sogar so weit, das »Princip der ›Rechtscontinuität‹ gegenüber dem reactionären Machtrecht« (S. 675) auch auf das Mandat der Abgeordneten der Paulskirche auszudehnen, das wiederaufleben sollte, falls es die Abgeordneten nicht ausdrücklich niedergelegt hätten.

Das Streben nach dem deutschen Nationalstaat durchzieht als roter Faden die Artikel Liebknechts. Da es jedoch keine Einheit um jeden Preis sein sollte, war er auf der ständigen Suche nach Konzeptionen, die einen demokratischen Nationalstaat ermöglichen könnten, ohne dabei aber die bestehenden Machtverhältnisse stets in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Seine Konzeptionen offenbarten das Dilemma aller antipreußischen deutschen Demokraten im Reichsgründungsjahrzehnt: Liebknecht forderte, wie viele Demokraten, eine starke Zentralgewalt, lehnte aber die Orientierung auf eine der deutschen Großmächte hin ab; er verwarf die Hoffnungen auf die einheitsstiftende Kraft der Klein- und Mittelstaaten als »Thorheit« (S. 477), empfand jedoch die Kleinstaaterei als das »secundäre Übel« (S. 477) im Vergleich zur preußischen oder österreichischen Hegemonie; der preußisch-österreichische Dualismus erschien ihm als die schlimmste Form des Partikularismus, dennoch propagierte er, am Deutschen Bund festzuhalten, bis sich etwas Besseres bieten würde; den Reformwillen der Einzelparlamente schätzte er gering ein, gleichwohl hoffte er, daß deutsche Abgeordnete »an der Spitze des Volkes den äußersten Schritt« (S. 507) wagen würden; er befürchtete, daß die wirtschaftliche Überlegenheit Preußens, das bereits mit der »Doppelpistole des Zollvereins und des französischen Handelsvertrags« (S. 161) Erfolge errungen habe, zugunsten eines preußisch-hegemonialen Nationalstaats arbeiten werde. Dennoch war er davon überzeugt, daß ein preußisch-österreichischer Krieg nur mit einer Niederlage Preußens enden könne. Vor allem aber: Liebknecht setzte seine ganze Hoffnung auf die »unmittelbare Action des Volkes« (S. 508) und erwartete von einem Krieg Preußens gegen Österreich das Signal zur Revolution, andererseits klagte er über den fehlenden revolutionären Stachel im deutschen Volk; er sprach auch recht resigniert

von der »nation introuvable« (S. 401), der er gleichwohl ein starkes Nationalbewußtsein, aber geringes Rechtsbewußtsein zuschrieb. Angesichts dieser widerspruchsvollen Hoffnungen und Befürchtungen mußten auch Liebknechts Konzeptionen zur Realisierung des Nationalstaats, denen er alle anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen unterordnete, widerspruchsvoll bleiben: »Nirgends eine Fahne, um die wir uns ohne Überzeugungsoffer schaaren können« (S. 67).

Es gehört zu den Verdiensten dieser Edition Georg Eckerts, daß sie nicht nur die politischen Konzeptionen Wilhelm Liebknechts, sondern auch die Probleme nationalstaatlicher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt aus der Sicht deutscher Demokraten plastisch werden läßt.

Dieter Langewiesche

Archives Bakounine/Bakunin-Archiv, publiées pour l'Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam par Arthur Lehning, Vol. V: Michel Bakounine et ses Relations Slaves, 1870 - 1875, E. J. Brill, Leiden 1974, pp. IXC, 586, cloth, 220 fl.

Volume V of Arthur Lehning's meticulously edited *Archives Bakouine*, like the two volumes that preceded it, deals principally with Bakunin's Russian activities. Volume III was devoted to *Gosudarstvennost' i anarkhiia* [The State and Anarchy], a work of 1873 intended mainly for the revolutionaries of Russia, and, indeed, Bakunin's only major work in Russian. Volume IV documented the »Nechaev Affair« and the rise and fall of Bakunin's relationship with that would-be leader of a Russian uprising. This latest volume both supplements the previous two with material dating back to 1869-70, and extends the documentation to 1875. It traces Bakunin's efforts to make contact with the young generation of Russians, and to some extent with other Slavic activists, in the wake of the Nechaev debacle. Bakunin's Russian activities had been interrupted by the break with Nechaev in 1870 and then by the conflict with Marx in the International. In 1872 he began trying to pick up the threads once again. His interest centered on the fairly sizable Russian student colony of Zurich, the history of which was chronicled by Dr. J. M. Meijer in his *Knowledge and Revolution* (Assen, 1955). Bakunin now turned to these youthful émigrés to recruit followers, spread his anti-state views, and create new conspiratorial organizations.

This volume necessarily lacks a single focal point, for Bakunin's relations with other Russian émigrés touched on virtually every aspect of his wide-ranging activities. Among the items included are three pamphlets which Bakunin wrote in 1869 and 1870 during his collaboration with Nechaev. They were addressed to Russia's revolutionary youth and contained Bakunin's views on the methods and objectives of the Populist movement that was soon to arise. (In one of these pamphlets Bakunin explicitly directed the young revolutionaries to »go to the people«.) Peter Lavrov, another émigré mentor of the Populist movement, appears in this volume as it traces the unsuccessful effort by Bakunin and his followers to publish a joint review with Lavrov. Switzerland contained enemies of Bakunin as well as friends and followers, and in the documents we see Nicholas Utin, a staunch partisan of Marx in Geneva, supplying Marx and Engels with material to be used against Bakunin in the International. Also included are an obituary of Herzen, in which Bakunin maintained that Herzen had remained a firm opponent of the tsarist regime to the end of his days and had never made his peace with Alexander II; and a letter to a French newspaper objecting to a boast by another Russian that the death penalty was not practiced in Russia. Though his interests and activities were international in scope, Bakunin never ceased to regard himself as a critic of Russian conditions and a spokesman for the Russian revolutionary movement.

Thus, in addition to the main subject, Bakunin's Zurich circle, the volume touches on the

von der »nation introuvable« (S. 401), der er gleichwohl ein starkes Nationalbewußtsein, aber geringes Rechtsbewußtsein zuschrieb. Angesichts dieser widerspruchsvollen Hoffnungen und Befürchtungen mußten auch Liebknechts Konzeptionen zur Realisierung des Nationalstaats, denen er alle anderen politischen und gesellschaftlichen Fragen unterordnete, widerspruchsvoll bleiben: »Nirgends eine Fahne, um die wir uns ohne Überzeugungsoffer schaaeren können« (S. 67).

Es gehört zu den Verdiensten dieser Edition Georg Eckerts, daß sie nicht nur die politischen Konzeptionen Wilhelm Liebknechts, sondern auch die Probleme nationalstaatlicher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt aus der Sicht deutscher Demokraten plastisch werden läßt.

Dieter Langewiesche

Archives Bakounine/Bakunin-Archiv, publiées pour l'Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam par Arthur Lehning, Vol. V: Michel Bakounine et ses Relations Slaves, 1870 - 1875, E. J. Brill, Leiden 1974, pp. IXC, 586, cloth, 220 fl.

Volume V of Arthur Lehning's meticulously edited *Archives Bakouine*, like the two volumes that preceded it, deals principally with Bakunin's Russian activities. Volume III was devoted to *Gosudarstvennost' i anarkhiia* [The State and Anarchy], a work of 1873 intended mainly for the revolutionaries of Russia, and, indeed, Bakunin's only major work in Russian. Volume IV documented the »Nechaev Affair« and the rise and fall of Bakunin's relationship with that would-be leader of a Russian uprising. This latest volume both supplements the previous two with material dating back to 1869-70, and extends the documentation to 1875. It traces Bakunin's efforts to make contact with the young generation of Russians, and to some extent with other Slavic activists, in the wake of the Nechaev debacle. Bakunin's Russian activities had been interrupted by the break with Nechaev in 1870 and then by the conflict with Marx in the International. In 1872 he began trying to pick up the threads once again. His interest centered on the fairly sizable Russian student colony of Zurich, the history of which was chronicled by Dr. J. M. Meijer in his *Knowledge and Revolution* (Assen, 1955). Bakunin now turned to these youthful émigrés to recruit followers, spread his anti-state views, and create new conspiratorial organizations.

This volume necessarily lacks a single focal point, for Bakunin's relations with other Russian émigrés touched on virtually every aspect of his wide-ranging activities. Among the items included are three pamphlets which Bakunin wrote in 1869 and 1870 during his collaboration with Nechaev. They were addressed to Russia's revolutionary youth and contained Bakunin's views on the methods and objectives of the Populist movement that was soon to arise. (In one of these pamphlets Bakunin explicitly directed the young revolutionaries to »go to the people«.) Peter Lavrov, another émigré mentor of the Populist movement, appears in this volume as it traces the unsuccessful effort by Bakunin and his followers to publish a joint review with Lavrov. Switzerland contained enemies of Bakunin as well as friends and followers, and in the documents we see Nicholas Utin, a staunch partisan of Marx in Geneva, supplying Marx and Engels with material to be used against Bakunin in the International. Also included are an obituary of Herzen, in which Bakunin maintained that Herzen had remained a firm opponent of the tsarist regime to the end of his days and had never made his peace with Alexander II; and a letter to a French newspaper objecting to a boast by another Russian that the death penalty was not practiced in Russia. Though his interests and activities were international in scope, Bakunin never ceased to regard himself as a critic of Russian conditions and a spokesman for the Russian revolutionary movement.

Thus, in addition to the main subject, Bakunin's Zurich circle, the volume touches on the

themes of earlier volumes: the collaboration with Nechaev, the conflict within the International, Bakunin's conception of revolution in Russia. As in previous volumes in this series, the first part of the book presents Bakunin's own writings, many of them hitherto unpublished manuscripts or bibliographical rarities, grouped into eighteen sections. The second part consists of French translations of the works written in Slavic languages, while in the third part a series of Appendixes presents writings by other individuals relating to the subjects covered in the volume. The editor's extensive historical and bibliographical introduction and thorough annotations form a solid scholarly framework for the texts. Photographs of some of the principals and facsimile pages of manuscripts and original editions add an element of immediacy to the documents.

Bakunin expounded his anarchist principles not in neat theoretical packages – his few theoretical works are highly discursive and were never finished – but in a disorderly accumulation of fragments, letters and topical articles. When sorted out and collated by Arthur Lehning's prodigious labors, they show Bakunin consistently battling the political and metaphysical abstractions, and their spokesmen, that formed the objects of his criticism throughout his anarchist period. All led to some form of hierarchical authority and exploitation, he was convinced. One of those abstractions was nationalism, and his attempt to join forces with a Polish émigré group in Zurich foundered on his anti-national and anti-state principles. »Doctrinaire revolutionaries«, with Marx foremost among them, remained high on his list of opponents, as did scientific elitists who claimed political power on the basis of superior knowledge. Leave your schools and universities, he told the students of Russia, and go to the people. But remember that »the educated youth must be neither the master, nor the protector, nor the benefactor, nor the dictator of the people, but only the midwife of their spontaneous emancipation, the unifier and organizer of their efforts and of all their forces« (p. 15). And most of all he rejected the principle of the state and excoriated all those who upheld it. Political power corrupts, he insisted, and no one is immune to its corrupting influence. It is a law of human nature that admits of no exceptions: even Socrates or Christ would have been oppressors and exploiters had they become kings, ministers, or officials (pp. 139–40). »Take the most ardent revolutionary and put him on the All-Russian throne, or give him the dictatorial power that our green revolutionaries dream of so much, and in a year he will be worse than Alexander Nikolaevich« (p. 55). Government is a conspiracy against the people, and it must be countered by a »people's conspiracy«.

The creation of conspiratorial revolutionary organizations was the very keynote of Bakunin's political activity. The centerpiece of this volume is his attempt to form such an organization, or organizations, among the Russians and other Slavs of Zurich. These organizations had a genealogy that dated back to 1864, when Bakunin created an International Brotherhood during a stay in Italy. (The documentary record of this Brotherhood from 1864 to 1868 is to be the subject of a subsequent volume of the *Archives Bakounine*.) In 1868, after failing to persuade the League of Peace and Freedom to adopt his principles, Bakunin and his followers formed the International Alliance of Socialist-Democracy. The Alliance applied for membership in the First International but was refused admittance as a separate organization; its sections entered the International individually, and Bakunin claimed that the Alliance dissolved itself in 1869, but Marx contended that it remained in existence secretly. This became one of the main charges levelled against Bakunin at the time of his expulsion from the International.

In 1869–70 came Bakunin's association with Nechaev and unrealized plans for new Russian and international revolutionary conspiracies. In 1872, Bakunin created three new associations in Zurich, the connections among them not fully clear. The first one, the Russian Brotherhood, founded in March of 1872, consisted of Bakunin and four Russian

students. Bakunin continued to place great importance on the revolutionary role of Russia's educated young people. In 1869 he had characterized »this legion of declassed young men« as a substitute for Sten'ka Razin, the revolutionary spark that would ignite a popular uprising (p. 15). Having failed to establish a link through Nechaev to the activists within Russia, Bakunin now turned to the émigré students in Zurich.

At the same time, he was eager to establish a broader Slavic organization, and, probably with this in mind, he sought an affiliation between his Russian Brotherhood and a Polish group, the Polish Social-Democratic Association of Zurich. The dream of Slavic unity was an element of Bakunin's outlook that went all the way back to 1848–49. Relations with the Poles broke down because Bakunin, as an anarchist, insisted that social revolution, not restoration of the historic Polish state, was the only way to achieve Polish freedom. (The secretary of the Polish Social-Democratic Association, Adolf Stempkowski, was an agent of the Third Section and was soon to betray Nechaev to the police.) Nevertheless, as Lehning points out, Bakunin was the first important Russian revolutionary since the Decembrists to seek cooperation with the Poles against the tsarist regime. Even without the Poles, Bakunin did create a Slavic Section, consisting of Russians, Serbs, a Croat and a Czech. This Slavic Section then affiliated with the Jura Federation of the International. Finally, also in 1872, Bakunin formed a new International Brotherhood, the program of which is reproduced in this volume. Its relationship to the Russian Brotherhood is hazy, but at least one member of the latter, Arman Ross [Mikhail Sazhin], also belonged to the International Brotherhood. The programs of the two organizations were essentially identical, and both were based on the program of the Alliance of 1868. Only in Italy did the International Brotherhood show some signs of life for a few years.

In June, 1873, the Russian government issued a decree in effect forbidding Russian women to study in Zurich, and the émigré colony as a whole soon disintegrated. Bakunin's group broke up, and although he continued to take an interest in Russian and Slavic affairs, the Zurich colony ceased to be the focus of his attention.

As was the case with most of Bakunin's conspiratorial organizations, neither the Russian Brotherhood nor the International Brotherhood had much practical significance. Despite the element of fantasy they displayed, however, Bakunin's revolutionary organizations were more than mere play-acting. One must agree with Arthur Lehning's observation that the various organizational programs that Bakunin drew up from 1864 to 1872 are important not in their own right but for the light they shed on Bakunin's political theory and social philosophy (p. LIV). As suggested by the great detail he lavished on their statutes, Bakunin regarded these organizations not merely as instruments of revolution but as embodiments of the new fraternal relations that would prevail among men after the revolution. Whereas most of his other writings concentrated on criticism of his opponents or on revolutionary theory, his organizational statutes spelled out the positive elements of his anarchist social vision. And to the extent that the groups actually functioned, they were practical proving-grounds for his anarchist principles, the only opportunity he had to put them to the test. The theory and the practice of these associations, then, offer a revealing commentary on Bakunin's social theory.

The most striking feature of the International Brotherhood – and this may be the key to all of Bakunin's conspiratorial organizations – is that it was meant to be precisely what its name suggests: a true fraternity, and not merely an organization pursuing certain political and social objectives. The statutes Bakunin drew up for it made it a tightly-knit community, the sole focus of the individual member's life and loyalties. Everyone who joins it, Bakunin wrote, »devotes himself irrevocably, body and soul, thought, will, passion and action, with all his abilities, energy, and fortune, to the service of the social revolution. The association will henceforth become his fatherland and all its members his brothers,

more precious than all his blood relatives [...]« (p. 189). Here was an element not unique to Bakunin but characteristic of much of the Russian revolutionary movement. Unlike his West European counterparts, who, to one degree or another, could legally and openly engage in political activity, the Russian radical had to go underground. He was forced to break most of his ties with his family, former friends, and social class, and in many cases accept a life of exile or emigration. The underground organization and its cause took the place of these other ties and inevitably became the object of unusually intense loyalties. A prime example of this phenomenon was, of course, Bakunin himself, whose revolutionary activities had almost totally isolated him from the attachments of his youth. Hence his preoccupation with the personal and moral relations of the association's members in addition to its purely political tasks.

This same element, of course, had been manifested in the famous »Catechism of a Revolutionary«, with its ringing declaration that the revolutionary is a »lost man« who has broken all his ties with society. In the »Catechism«, however, which the preceding volume of the *Archives Bakounine* showed to have been in all probability the work of Nechaev rather than Bakunin, it had taken on psychopathic overtones. The »Catechism« rejected not just competing claims on the revolutionary's loyalty but all moral scruples as well; it projected an image of the revolutionary as arsonist. The Nechaev Affair had focused Bakunin's attention on the relationship of the members of the revolutionary conspiracy. In fact, his primary criticism of Nechaev was that he had treated his friends like enemies, exploiting and manipulating his revolutionary comrades as well as his adversaries. Relations between members of the International Brotherhood were to be on a very different footing. »Our brotherhood is founded on mutual respect for our human dignity and our liberty. Each brother will halt with respect before the conscience and intimate life of his brother and will enter into it only when invited to do so. Severe towards ourselves, we must not be such inexorable censors in regard to each other; we must get used to pardoning our mutual weaknesses, knowing all too well that each of us is full of them [...] We will not spend our time disparaging ourselves, and we will forgive our brothers a great deal [...]« (p. 189). Toleration and mutual respect, personal autonomy and collective solidarity were the fundamental principles of the Brotherhood. Relations between its members were to be determined not by the abstract, impersonal forces of government and law, but by the spontaneous harmony of fraternal love. Here were all the ideals of the future anarchist society, realized first of all in the revolutionary organization struggling to achieve that society. The underground conspiracy for Bakunin was a microcosm of the stateless community of brotherly harmony, and a model for it. Perhaps this was one of the many elements of Bakunin's thinking that Marx, with his very different temperament and political experiences, could not understand and that consequently fed his suspicions of Bakunin's intentions.

Neither in theory nor in practice did the Brotherhood fully carry out its ideals. Bakunin wrote into its program his familiar strictures against any kind of revolutionary dictatorship or provisional government, since »all governmental power, however revolutionary and transitory it claims to be, can have no other object than to perpetuate itself« (p. 182). Yet, to ensure the revolution's success, »it is obviously necessary that there be a force, a collective invisible organization, which, while obeying a frankly and completely revolutionary program and pushing it to its furthest consequences, abstains from any governmental or official interference, and thereby can exert an influence all the more effective and powerful on the spontaneous movement of the masses [...]«. On the day after the revolution the members of this organization must »organize and direct the anarchy and the formidable outburst of the masses' revolutionary passions, without restraining them« (p. 184). Thus a »collective invisible organization«, with its own revolutionary program,

was to exert an »influence« on the people and »direct« their revolutionary energies – but without turning into a revolutionary dictatorship or a provisional government! The problem of the relationship between the conscious elite and the spontaneous masses was one that particularly plagued the revolutionary movement in Russia, where the gulf between the two was so wide, and both the Populist movement that was just getting under way and the later Marxist movement were forced to confront it. For all his rejection of »Jacobinism«, a rejection which was doubtlessly sincere, and his clear insight into the dangers of revolutionary elitism, it was a problem that Bakunin himself never satisfactorily resolved. The program of the International Brotherhood, an organization dedicated to the eradication of all political hierarchy, raises as many questions on this subject as it resolves.

The statutes of the International Brotherhood contain a remark that casts yet another shadow on its role as a model anarchist community. Bakunin gave the general assembly of the organization, which he called the »Constituent Assembly«, the right not only to suspend or exclude errant members but to condemn them to death if necessary (p. 192). The Brotherhood was truly a community, against which, as Bakunin says, it was possible to commit »treason« (p. 190). But in a community based solely on fraternal solidarity and spontaneous mutual respect, how is »treason« to be defined, and on what grounds is a death sentence to be applied? In the last analysis, it must depend on the subjective feelings of one's comrades, on an unpredictable group consensus, and it may well be asked whether this is a very secure guarantee of the individual liberty and human dignity that were to prevail in the new community.

On the practical level, we must turn to the history of the Russian Brotherhood, which shared the International Brotherhood's program and actively functioned for a time as a group. It was not a harmonious one. When the plans for a joint review with the Lavrovists fell through, Bakunin's followers set up a book-printing operation of their own in Zurich at the beginning of 1873. The little group was soon rent with antagonisms and split up. Arman Ross went to London and established a printing-press there, while the remainder of the group, centered around Zamfirii Ralli-Arbore (a Rumanian from Bessarabia), set up a printing shop in Geneva.

Mutual recriminations now ensued between the two factions. Bakunin refused to break with Ross, who had succeeded Nechaev as the young collaborator on whom his hopes centered, and consequently alienated the Ralli group. One of the members of this group, Alexander El'snits, complained to James Guillaume that Ross had behaved in an »authoritarian« manner (at one point he had locked his colleagues out of the printing plant in Zurich), and that Bakunin had defended him. »Bakunin's conduct towards us in regard to the printing house, that is, in the first truly practical revolutionary affair that had come up since we became associated with him, left us in no further doubt that Bakunin, while preaching to us the principles of collectivism, was deceiving us; that those sermons served him merely as a means of exploiting the purest and most honest sentiments« (p. 459). There was also considerable wrangling over the amounts of capital that each of the founders of the printing house had contributed, over receipts and accounts, and over the terms of the enterprise's liquidation.

These charges and counter-charges seem to reflect what the anarchists called »bourgeois sensibility« rather than the fraternal relations that were supposed to prevail among them. A similar imbroglio, the Baronata affair, soon led to a temporary break and permanent cooling of relations between Bakunin and Ross. The latter disapproved of the purchase of Baronata, a villa near Locarno which was to provide the protection of Swiss citizenship for Bakunin and serve as a haven for international revolutionaries. The disastrously ill-conceived project resulted only in the financial ruin of Carlo Cafiero, a young Italian

follower of Bakunin, and the alienation of some of Bakunin's closest associates.

In view of these disputes, it is ironic to read of Bakunin's refusal to speak to a law professor who came to Locarno from Russia to meet him, on the grounds that he could have nothing in common with a jurist (p. 467n). Bakunin's followers might well have profited by placing some of their relations on a legal, contractual footing. When it came to practical, and especially financial activities, the spirit of comradeship proved too weak a cement to hold them together. If this committed little band of anarchists could not govern their personal relations on the basis of fraternal solidarity alone, could this principle prove sufficient for the larger society that was to take shape after the anarchist revolution?

The members of the Ralli group were so disillusioned with Bakunin that even though they upheld many of his ideas they began to belittle his significance as a revolutionary. The tsarist authorities, they asserted in a publication of 1875, exaggerated Bakunin's importance: »his influence on the Russian revolutionary movement was always very weak, even trifling« (p. 484). After all the turmoil and disappointment in his relations with the émigrés in Switzerland, Bakunin voiced an understandable note of resignation in a letter to Ogarev at the end of 1874. He had withdrawn from all »practical activity«, he told his old friend, and was now spending much of his time reading. »Enough of teaching, my friend, in our old age let us once again take up learning, it is more cheerful« (p. 228).

Marshall S. Shatz

Anthony Masters, Bakunin. The Father of Anarchism, Sidgwick & Jackson, London 1974, XXIII, 279 S., Ln., £ 5.95.

Popular history – history written by non-scholars for a broad audience – is much like the proverbial »little girl who had a little curl«: when it is good, it is very good, but when it is bad, it is horrid. When done well, it can convey the historical color and drama that scholarly studies tend to stifle, and it often possesses a literary flair which most academics lack; it lends itself particularly well to biography and is adept at bringing to life the striking personalities of history. These qualities can compensate for the conceptual shallowness and scantiness of documentation which are common failings of the genre. Anthony Masters' attempt at a biography of Michael Bakunin suffers painfully from all the defects of popular history without displaying any of its redeeming virtues. Roderick Kedward, in his Foreword, terms the book an »exciting biography« which makes »a substantial contribution to the reappraisal of Bakunin« both as a thinker and as an activist. Alas, the book is neither exciting nor substantial, and it makes little contribution to our understanding of Bakunin.

Judging from the footnotes and bibliography Masters does not read Russian, and he has relied on secondary works for most of his material. In consequence, he draws heavily on standard interpretations, principally E. H. Carr's biography, which are badly in need of rethinking. In addition, the author lacks the historical perspective to deal adequately with a figure who swam, at one time or another, in nearly every intellectual, political, and revolutionary current of mid-nineteenth century Europe. The result is a cliché-ridden image of Bakunin set against a very hazy historical background.

The book gets off on the wrong footing from the start with its Prologue, a description of what Bakunin (or »Michael«, as the author insists on calling him throughout) might have been thinking and feeling as he visited his family on his way to Siberian exile in 1857. This sort of fictionalized history is as irritating as it is useless. Masters' explanation of Bakunin's development as a revolutionary rests on the familiar assertion that Bakunin was sexually impotent, or at least indifferent, and that his political commitment provided a kind of emotional substitute for sexual activity. He finds in Bakunin an »inner loneliness«

follower of Bakunin, and the alienation of some of Bakunin's closest associates.

In view of these disputes, it is ironic to read of Bakunin's refusal to speak to a law professor who came to Locarno from Russia to meet him, on the grounds that he could have nothing in common with a jurist (p. 467n). Bakunin's followers might well have profited by placing some of their relations on a legal, contractual footing. When it came to practical, and especially financial activities, the spirit of comradeship proved too weak a cement to hold them together. If this committed little band of anarchists could not govern their personal relations on the basis of fraternal solidarity alone, could this principle prove sufficient for the larger society that was to take shape after the anarchist revolution?

The members of the Ralli group were so disillusioned with Bakunin that even though they upheld many of his ideas they began to belittle his significance as a revolutionary. The tsarist authorities, they asserted in a publication of 1875, exaggerated Bakunin's importance: »his influence on the Russian revolutionary movement was always very weak, even trifling« (p. 484). After all the turmoil and disappointment in his relations with the émigrés in Switzerland, Bakunin voiced an understandable note of resignation in a letter to Ogarev at the end of 1874. He had withdrawn from all »practical activity«, he told his old friend, and was now spending much of his time reading. »Enough of teaching, my friend, in our old age let us once again take up learning, it is more cheerful« (p. 228).

Marshall S. Shatz

Anthony Masters, Bakunin. The Father of Anarchism, Sidgwick & Jackson, London 1974, XXIII, 279 S., Ln., £ 5.95.

Popular history – history written by non-scholars for a broad audience – is much like the proverbial »little girl who had a little curl«: when it is good, it is very good, but when it is bad, it is horrid. When done well, it can convey the historical color and drama that scholarly studies tend to stifle, and it often possesses a literary flair which most academics lack; it lends itself particularly well to biography and is adept at bringing to life the striking personalities of history. These qualities can compensate for the conceptual shallowness and scantiness of documentation which are common failings of the genre. Anthony Masters' attempt at a biography of Michael Bakunin suffers painfully from all the defects of popular history without displaying any of its redeeming virtues. Roderick Kedward, in his Foreword, terms the book an »exciting biography« which makes »a substantial contribution to the reappraisal of Bakunin« both as a thinker and as an activist. Alas, the book is neither exciting nor substantial, and it makes little contribution to our understanding of Bakunin.

Judging from the footnotes and bibliography Masters does not read Russian, and he has relied on secondary works for most of his material. In consequence, he draws heavily on standard interpretations, principally E. H. Carr's biography, which are badly in need of rethinking. In addition, the author lacks the historical perspective to deal adequately with a figure who swam, at one time or another, in nearly every intellectual, political, and revolutionary current of mid-nineteenth century Europe. The result is a cliché-ridden image of Bakunin set against a very hazy historical background.

The book gets off on the wrong footing from the start with its Prologue, a description of what Bakunin (or »Michael«, as the author insists on calling him throughout) might have been thinking and feeling as he visited his family on his way to Siberian exile in 1857. This sort of fictionalized history is as irritating as it is useless. Masters' explanation of Bakunin's development as a revolutionary rests on the familiar assertion that Bakunin was sexually impotent, or at least indifferent, and that his political commitment provided a kind of emotional substitute for sexual activity. He finds in Bakunin an »inner loneliness«

which was filled by the enormous drive and energy that so impressed those around him. Although the notion that Bakunin was sexually deficient appears to be based on the flimsiest of evidence, the author accepts it uncritically and makes it the peg on which he hangs his reconstruction of Bakunin's personality and political career.

Masters is no more at home with Bakunin's anarchism than he is with Bakunin's personal development. Bakunin's ideas, and their place in Russian and West European political thought, are very inadequately treated. On Bakunin's relationship with Nechaev, the author asserts that »in many ways Nechaev and Michael were kindred spirits«, without explaining what those ways were, while the chapter entitled »The Battle with Marx« deals mostly with the Nechaev affair. Any reader not previously informed would be hard put to determine just what the »battle« between Marx and Bakunin was all about.

The book's numerous technical defects compound its other inadequacies. The writing is at best conventional, at worst murky. (»Michael's continuous interference in his family's motivation and his bullying domination of their minds were symptomatic of the state of insecurity and flux in his own«.) In a single paragraph we are told that Paul Pestel, one of the leaders of the Decembrist conspiracy, wanted a federal republic modelled on the USA (Pestel in fact advocated a centralized state modelled on Jacobin France); and that Pestel and two of his fellow revolutionists were hanged in 1820 (Pestel and four others were hanged in 1825). And should the reader trustingly turn to the back of the book in search of Part Two, footnote 9, he will find a blank space.

This book does serve to raise one of the central issues that studies of Bakunin have hitherto failed to resolve. As Masters relates, Bakunin started out as a rebel within his own family, challenging the traditional patriarchal authority of his father. As time went on, his rebellion broadened to include social, religious, and political authority. What was the relationship between that early domestic rebellion and his later political philosophy? Was there nothing more to the latter than the displaced energy of a sexual neuter? (Even if that were the source of Bakunin's revolutionary ideology, it would not sufficiently explain either the political insights his ideology contained nor the following it attracted.) Did the familial origins of his rebellion color his perception of established authority and his vision of the new society that was to replace it? These are some of the questions about Bakunin that need to be asked, and they can be answered only by effectively integrating his colorful biography with a serious study of his revolutionary anarchism.

Marshall S. Shatz

Leonard Nelson, *Ausgewählte Schriften*. Studienausgabe, hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1974, 270 S., kart., 18 DM.

Fast 50 Jahre sind vergangen, seit Hellmuth Frankenfeld in seiner Darstellung des theoretischen Lebenswerks von Leonard Nelson in den Kantstudien als Fazit der Erwartung Ausdruck gab: »Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß dereinst nicht nur die Geschichte der Philosophie, sondern auch die Geschichte der Erziehung und die Geschichte der Politik Leonard Nelsons Namen mit großen Buchstaben in ihre Tafeln schreiben wird«. Für keines der genannten Gebiete hat sich diese Erwartung, obwohl sie sicher nicht unbegründet war, bis heute auch nur annähernd erfüllt. Auch heute gilt noch, was Willi Eichler, der wirksamste Schüler Nelsons, vor anderthalb Jahrzehnten feststellen mußte, »daß der Philosoph Nelson weitgehend unbekannt geblieben ist«.

Nach Maßstäben der Vernunft geurteilt, mit denen Nelson selbst zu messen pflegte, ist dies eine erstaunliche Bilanz, kann er doch als derjenige Denker angesprochen werden, der am umfassendsten und mit bewundernswürdiger Folgerichtigkeit am Auffüllen der großen

which was filled by the enormous drive and energy that so impressed those around him. Although the notion that Bakunin was sexually deficient appears to be based on the flimsiest of evidence, the author accepts it uncritically and makes it the peg on which he hangs his reconstruction of Bakunin's personality and political career.

Masters is no more at home with Bakunin's anarchism than he is with Bakunin's personal development. Bakunin's ideas, and their place in Russian and West European political thought, are very inadequately treated. On Bakunin's relationship with Nechaev, the author asserts that »in many ways Nechaev and Michael were kindred spirits«, without explaining what those ways were, while the chapter entitled »The Battle with Marx« deals mostly with the Nechaev affair. Any reader not previously informed would be hard put to determine just what the »battle« between Marx and Bakunin was all about.

The book's numerous technical defects compound its other inadequacies. The writing is at best conventional, at worst murky. (»Michael's continuous interference in his family's motivation and his bullying domination of their minds were symptomatic of the state of insecurity and flux in his own«.) In a single paragraph we are told that Paul Pestel, one of the leaders of the Decembrist conspiracy, wanted a federal republic modelled on the USA (Pestel in fact advocated a centralized state modelled on Jacobin France); and that Pestel and two of his fellow revolutionists were hanged in 1820 (Pestel and four others were hanged in 1825). And should the reader trustingly turn to the back of the book in search of Part Two, footnote 9, he will find a blank space.

This book does serve to raise one of the central issues that studies of Bakunin have hitherto failed to resolve. As Masters relates, Bakunin started out as a rebel within his own family, challenging the traditional patriarchal authority of his father. As time went on, his rebellion broadened to include social, religious, and political authority. What was the relationship between that early domestic rebellion and his later political philosophy? Was there nothing more to the latter than the displaced energy of a sexual neuter? (Even if that were the source of Bakunin's revolutionary ideology, it would not sufficiently explain either the political insights his ideology contained nor the following it attracted.) Did the familial origins of his rebellion color his perception of established authority and his vision of the new society that was to replace it? These are some of the questions about Bakunin that need to be asked, and they can be answered only by effectively integrating his colorful biography with a serious study of his revolutionary anarchism.

Marshall S. Shatz

Leonard Nelson, *Ausgewählte Schriften*. Studienausgabe, hrsg. und eingel. von Heinz-Joachim Heydorn, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1974, 270 S., kart., 18 DM.

Fast 50 Jahre sind vergangen, seit Hellmuth Frankenfeld in seiner Darstellung des theoretischen Lebenswerks von Leonard Nelson in den Kantstudien als Fazit der Erwartung Ausdruck gab: »Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß dereinst nicht nur die Geschichte der Philosophie, sondern auch die Geschichte der Erziehung und die Geschichte der Politik Leonard Nelsons Namen mit großen Buchstaben in ihre Tafeln schreiben wird«. Für keines der genannten Gebiete hat sich diese Erwartung, obwohl sie sicher nicht unbegründet war, bis heute auch nur annähernd erfüllt. Auch heute gilt noch, was Willi Eichler, der wirksamste Schüler Nelsons, vor anderthalb Jahrzehnten feststellen mußte, »daß der Philosoph Nelson weitgehend unbekannt geblieben ist«.

Nach Maßstäben der Vernunft geurteilt, mit denen Nelson selbst zu messen pflegte, ist dies eine erstaunliche Bilanz, kann er doch als derjenige Denker angesprochen werden, der am umfassendsten und mit bewundernswürdiger Folgerichtigkeit am Auffüllen der großen

Legitimationslücke gearbeitet hat, die in der sozialistischen Theorie durch den Zusammenbruch der geschichtsmetaphysischen Begründung vulgärmarxistischer Prägung spätestens seit dem I. Weltkrieg gerissen worden war. Sowohl der Zeit als auch der Sache nach setzte Nelsons Werk an dieser Stelle ein. Mit seiner an Kants Vernunftkritik anknüpfenden, dessen Transzendentalismus jedoch kritisierenden »Kritik der praktischen Vernunft« von 1917 hatte er eine um strenge Wissenschaftlichkeit bemühte Inhaltsbestimmung und Begründung derjenigen allgemeingültigen Sittengesetze vorgelegt, deren konsequente Anwendung auf die Organisation von Staat und Gesellschaft mit den traditionellen sozialistischen Kernforderungen übereinstimmte. Diese politischen Konsequenzen aus der zuvor autonom begründeten Ethik zog Nelson 1924 in seinem Werk »System der philosophischen Rechtslehre und Politik«. Dieses Buch konnte seinerzeit noch ein breiteres Echo unter den sozialistischen Theoretikern verzeichnen. Seither hat sich indessen an Nelsons Werk die wenig ermutigende Erfahrung bestätigt, daß es weniger die rationalen Qualitäten sind, die politischen Theorien Breitenwirksamkeit verschaffen, als vielmehr Gratifikationen und Verheißungen, denen sich der Nelsonsche Rationalismus gerade verschließen mußte.

Nelsons »revolutionärer Revisionismus« (vgl. S. 189) legt das Schicksal der gerechten Ordnung, in der jedem Menschen der gleiche Anspruch auf vernünftige Selbstbestimmung aus sittlichem Prinzip gesichert sein soll, so rückhaltlos in die Verantwortung der betroffenen Menschen selbst und besteht gegenüber dem einzelnen so rigoros auf vernunftgeleitetem Handeln, daß diese Theorie als ganze nicht zufällig ihre volle Wirksamkeit nur in den zahlenmäßig kleinen Gruppen des »Internationalen Jugendbundes« und nach dessen Ausschluß aus der SPD 1925 im »Internationalen Sozialistischen Kampfbund« entfalten konnte. Elitebewußtsein und Opferbereitschaft, die den Geist dieser Gruppen prägten, sind in Verbindung mit ihrer Demokratieabstinenz für die meisten Außenstehenden die einzigen Daten geblieben, die sie mit Nelsons Namen verbinden. Das hat zu einer gewissen Isolierung der Nelsonschen Theorie beigetragen.

Mit der vorliegenden Textauswahl ist es Heinz-J. Heydorn gelungen zu zeigen, daß Nelson gerade heute wieder auf einigen Wissenschaftsgebieten, die für sozialistische Theoriebildung bedeutsam sind, wie z. B. Ethik, Politik, Philosophie und Pädagogik, höchst anregende Gesichtspunkte, Argumente und Erkenntnisse zu bieten vermag. Darüber hinaus ist das Buch auch deshalb von Nutzen, weil Nelsonsche Denkfiguren über seine politisch aktiven Schüler, in erster Linie ist hier Willi Eichler, der Schriftführer der Kommission für das Godesberger Programm, zu nennen, prägenden Einfluß auf den Grundwerteteil des geltenden sozialdemokratischen Grundsatzprogramms genommen haben. Mit dem Abtreten der älteren Generation theoretisch wirkender Sozialdemokraten, die das Entstehen des Grundwerteverständnisses in der Auseinandersetzung mit geschichtsdeterministischen Auffassungen noch selbst erlebt hatten, stoßen aber gerade Sinn, Funktion und Inhalt dieses tragenden Programmteils heute auf eine weitverbreitete Verständnislosigkeit. In Teilen kann daher die Heydornsche Textsammlung als Kommentar und Hintergrundinformation zum Godesberger Programm gelesen werden. Das gilt vor allem für die Kapitel I. und III. Sie entstammen im wesentlichen den Bänden IV und VI (identisch mit den eingangs genannten 1917 und 1924 erschienenen Hauptwerken) der im Meiner-Verlag herausgegebenen neunbändigen Gesammelten Schriften. Sind jene dickleibigen Abhandlungen trotz Nelsons beispielhafter Klarheit der Sprache für Nichtfachleute schwer zugänglich, so hat Heydorn es gut verstanden, auf jeweils wenige Seiten begrenzte Textauszüge zu präsentieren, die sowohl je für sich geschlossene Argumentationen bieten, als auch in ihrem Gesamtzusammenhang ein sinnvolles und weitgehend repräsentatives Mosaik entstehen lassen. Neben der instruktiven Einleitung des Herausgebers, des verstorbenen Frankfurter Pädagogikprofessors und Sozialisten Heinz-Joachim Heydorn, die eine angemessene Mischung aus biographischen und theoretischen Informationen enthält, besteht der Band aus 5 Kapiteln,

die den tatsächlichen Hauptthemen des Nelsonschen Werkes gewidmet sind: I. Philosophische Grundlagen, II. Bildung und Erziehung, III. Rechtsstaat und Gesellschaftspolitik, IV. Friedenssicherung und V. Notwendigkeit des Handelns. Dementsprechend entstammen die Textauszüge im wesentlichen außer den Bänden IV und VI noch dem V. Band der Gesammelten Werke (System der philosophischen Ethik und Pädagogik). Dies entspricht der immanenten Systematik des Nelsonschen Werkes, in dem nach erfolgter Selbstverständigung über die wissenschaftstheoretische Grundlage – Zurückweisung einer Erkenntniskritik als selbstwidersprüchlich – zur Formulierung und Begründung des Sittengesetzes fortgeschritten wird, um schließlich dessen beide Hauptanwendungsgebiete – Pädagogik und Politik – zu erarbeiten. Der Band ist so angelegt, daß er als Schlüssel zum Gesamtwerk dienen kann; denn der Leser der Studienausgabe kann nach Lektüre der Textauszüge jeweils für sich entscheiden, an welcher Stelle er seine Studien gegebenenfalls durch Rückgriff auf den Originalzusammenhang vertiefen möchte.

Nelsons Werk ist nicht allein deshalb für die Gegenwartsdiskussion von Interesse, weil es wirkungsgeschichtlichen Eingang in die sozialdemokratische Grundsatzprogrammatik gefunden hat, sondern weil einige seiner bedeutsamsten Untersuchungen sich auf genau jene Nahtstelle von Ethik und Politik beziehen, die auch in der heutigen Theoriediskussion die meisten Fragen aufwirft. Die zu diesem Thema vor allem im III. Kapitel zusammengetragenen Argumente sind von unmittelbar aktuellem Wert. Dies gilt für Nelsons Erörterungen über das Ideal des politischen Handelns, für seinen kritischen Sozialismusbegriff, für seine Kritik am Geschichtsdeterminismus (»Die bessere Sicherheit«, S. 188–206) und für die Bemerkungen zum Verhältnis von Moral und Recht.

Nelson geht von der Kernthese aus, als Ideal einer objektiv richtigen Politik sei ein Rechtszustand zu denken, in dem der ethisch begründete Naturrechtssatz zur Realität geworden ist: »alle vernünftigen Wesen haben das Recht auf die gleiche äußere Möglichkeit zur Selbstbestimmung zu gelangen«. Politik bedeutet somit ähnlich wie bei Kant die Herbeiführung eines Rechtszustandes, in dem die Freiheit eines jeden mit der Freiheit aller nach allgemeinen Gesetzen in Übereinstimmung gebracht ist. Der sozialistische Akzent dieses »liberalen Sozialismus« beruht in der Entscheidung, im Zweifelsfalle der Gleichheit des Anspruchs auf Selbstbestimmung den Vorrang einzuräumen. Dies ist der differenzierte Gleichheitsbegriff, wie er in der Gerechtigkeitsforderung des Godesberger Programms enthalten ist. Die Einsicht in die ethischen Grundlagen dieses Ideals ist es, was die menschliche Verantwortung, ja geradezu Aufgerufenheit für den Sozialismus deutlich macht, und damit zugleich dessen Abhängigkeit von menschlichen Einstellungen und menschlichem Handeln. Die autonome Begründung dieses Ideals ist es, die alle Mittel seiner Verwirklichung in ihre untergeordnete, jeweils erst zu rechtfertigende Stellung verweist. Diese Ebene der Begründung und Entfaltung einer objektiv geltenden Rechtsidee ist das eigentliche Metier der Nelsonschen Theorie. Gesellschaftliche Realanalysen kommen dabei kaum ins Spiel. Es war aber Nelson klar, daß mit Grundwerten allein keine konkrete Politik zu machen ist. Sie sind der Beurteilungsmaßstab für gegebene Verhältnisse und vorgeschlagene Veränderungen. Für ihre Umsetzung in reale Politik bedürfen sie auf seiten der Erkenntnis der Ergänzung durch Erfahrung und auf seiten der Strategie der Unterstützung durch für ihre Zwecke gewonnene Macht. Nur das auf Macht gegründete Recht hat eine Chance der Verwirklichung und des Bestandes: »Die notwendige Geltung des Rechtsgesetzes ist ein Ideal, das in der Natur ohne Wirksamkeit bleibt, an dessen Stelle vielmehr nur die Vorstellung des Ideals als *Antrieb* Kausalität besitzen, d. h. auf eine Realisierung hinwirken kann, indem sie den Willen bestimmt, seinerseits eine hinreichende Gewalt als wirkende Kraft anzubieten, um die rechtlose Gewalt in der Gesellschaft unwirksam zu machen« (S. 170). Dieser »ethische Realismus« Nelsons läßt zugleich deutlich werden, wie weit der ethische Sozialismus von bloßer »Moralbläserei« entfernt ist.

Wenn es in erster Linie die Nahtstelle von Ethik und Politik ist, worin die fortwirkende Aktualität des Nelsonschen Denkens besteht, so bedürfen der davor und der dahinter liegende Bereich, nämlich die Begründung der Ethik und die konkreten Strukturen des politischen Programms, einer differenzierenden Betrachtung. Nelsons Grundanliegen war die Begründung der Ethik als strenger Wissenschaft; ein Unternehmen, das nach der kritischen Auflösung der großen idealistischen Systeme des 19. Jahrhunderts lange Zeit in Mißkredit geraten war. Erst in jüngster Zeit hat in der deutschen und internationalen Fachphilosophie eine Renaissance der praktischen Philosophie stattgefunden. Die Einsicht, daß mit dem Hinweis auf die gesellschaftliche Bedingtheit unseres Handelns die Kantische Frage »Was soll ich tun?« weder aus der Welt zu schaffen noch zu beantworten ist, setzt sich allgemein durch. In der zeitgenössischen Philosophie wird wieder eine ernsthafte Diskussion über die Wahrheitsfähigkeit praktischer Urteile geführt. Auch zu dieser Diskussion stellt der Nelsonsche Ansatz einen aktuellen Beitrag dar. Es gibt noch keine erkennbaren Fortschritte über Nelson hinaus. Die Art, wie Nelson durch Vernunftkritik zu den in der menschlichen Vernunft als solcher dunkel vorhandenen »unmittelbaren Erkenntnissen« letzter Instanz vordringen wollte, um sie durch »die Tatsache des Selbstvertrauens der Vernunft« (S. 67 f.) jenseits der Reichweite aller Erkenntniskritik in Geltung zu setzen, mag auf Skepsis stoßen, aber verkörpert eine auch in der Gegenwartsdiskussion vertretene Haltung. Unbestrittene Aktualität kommt dem Programm einer wissenschaftlichen Ethik zu; denn jene Kritiker Nelsons haben sich nicht behaupten können, die wie Leo Kofler und Werner Link der Meinung waren, die methodische Trennung von Sein und Sollen sei unzulässig, weil sie die »gesellschaftliche Totalität« zerreißt.

Problematisch im Nelsonschen Werk ist ein wesentlicher Teilbereich der konkreten politischen Programmatik. Aus ihm ergaben sich seinerzeit auch die Kollisionspunkte, die zur organisatorischen Trennung der SPD vom Nelsonbund in der Weimarer Republik (1925) geführt haben. Er ist es auch, der eine breitere Rezeption Nelsonschen Denkens innerhalb des demokratischen Sozialismus erheblich erschwert hat. Gemeint ist Nelsons Demokratiekritik. Weil er davon ausging, den Inhalt der Rechtsidee wissenschaftlich objektiv begründet zu haben, wollte er ihn nicht wieder zur Disposition von Mehrheitsentscheidungen gestellt wissen. Wo klare Erkenntnis stattgefunden hatte, sollte es hinterher nicht zufälligen Mehrheitsbildungen überlassen sein, ob sie gelten könne. Sowohl seine Partei als auch die sozialistische Gesellschaft sollten nach Nelsons Wunsch aus diesem Grunde nicht demokratisch, sondern nach dem Führerprinzip organisiert sein. Führer sollte in platonischer Tradition sein, wer am klarsten die Rechtsidee ausspricht. Marxistisch orientierte Kritiker (Kofler und Link) wollten Nelsons ethischen Sozialismus insgesamt mit dem Argument aushebeln, diese demokratiekritische Schlußfolgerung Nelsons sei eine unvermeidliche Konsequenz des ethischen Ansatzes. Mit dem Festhalten an der Demokratie müsse daher zwangsläufig der ethische Sozialismus preisgegeben werden. Ersichtlich kann selbst der Nelsonsche Sozialismus nur an Konsequenz gewinnen, wenn seine demokratiekritischen Abwege überwunden werden. Sie folgen nicht notwendig aus den Grundlagen des Systems. Es ist daher schade, daß Heydorn es vermieden hat, demokratiekritische Texte von Nelson in den Sammelband aufzunehmen, ebenso wie er es versäumte, diesem Problem in der Einleitung Aufmerksamkeit zu widmen. Hier muß der Leser auf Band IX der Gesammelten Werke zurückgreifen. Der historischen Authentizität des in der Textauswahl gezeichneten Nelsonbildes ist damit kein Dienst erwiesen.

Dieser Mangel ändert nichts an dem Gesamturteil, daß diesem übersichtlich und sachgerecht gegliederten, sorgfältig edierten und kundig eingeleiteten Sammelband eine weite Verbreitung zu wünschen ist, ganz besonders in den Reihen der an der Theoriediskussion interessierten Sozialdemokraten.

Thomas Meyer

Karl Lang, Kritiker, Ketzer, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher (= Schriftenreihe der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Bd. 3), Limmat Verlag-Genossenschaft, Zürich o. J. (1975), 361 S., brosch., 19,50 DM.

Ärzte haben in der internationalen Arbeiterbewegung eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Namen wie Andreas Gottschalk, Abraham Jacobi, Paul Lafargue, Vera Figner, Ignaz Zadek, Alfred Grotjahn und Julius Moses mögen hier für viele stehen. Dieser Umstand hat jedoch in der historischen Forschung zumal der BRD keinen entsprechenden Niederschlag gefunden¹. Was auch immer der Grund für diese Entwicklung gewesen sein mag, es gilt, sowohl von der Seite der Geschichte der Arbeiterbewegung wie von der Seite der Medizingeschichte diese verschüttete Tradition wieder aufzudecken.

In der Schweizer Limmat Verlag-Genossenschaft – einem Autoren-Verlag, der sich zur Aufgabe gestellt hat, »wissenschaftliche und populäre Schriften zur Arbeiterbewegung und der mit ihr verbundenen Strömungen, Gruppen und Organisationen mit gewerkschaftlichen und gesellschaftsverändernden Zielen sozialistischer Richtung« herauszugeben – erschien jüngst diese Biographie des bekannten Schweizer Arbeitsarztes und Anarchosozialisten Fritz Brupbacher.

Nun sind in einer Biographie aus dem Bereich der Arbeiterbewegung der individualhistorische Ansatz einer traditionellen Geschichtsschreibung und der adäquate sozialhistorische Ansatz der Geschichte der Arbeiterbewegung zu vereinen. Karl Lang, als Herausgeber von Brupbachers Autobiographie² und einer Dokumentensammlung zur schweizerischen Arbeiterbewegung³ als Sachkenner ausgewiesen, sieht daher auch in »diesem Zusammenhang zwischen individuellem Erleben und Handeln einerseits, gesamtgesellschaftlicher Entwicklung andererseits [...] die entscheidende Rechtfertigung für eine Biographie Brupbachers« (vgl. S. 18). Zu prüfen ist, inwieweit Lang seinem Anspruch gerecht wird.

Das Buch läßt vom Äußeren her eine sehr gründliche und gewissenhafte Arbeit erwarten. So wird z. B. die Herkunft der beiden Abbildungen Brupbachers erklärt. In den Anmerkungen werden neben Quellen- und Literaturangaben erläuternde Texte und Zahlenmaterial aufgeführt. Ein ausführliches Literaturverzeichnis und ein sorgfältiges Personenregister schließen die Untersuchung ab. Fremdsprachige Zitate werden meist übersetzt. Die fachlich saubere Gestaltung läßt zusammen mit der sehr verständlichen und über weite Strecken flüssigen Schreibweise darauf hoffen, daß der Verlag seinem angedeuteten Ziel nahekommt, ein über den fachhistorischen Leserkreis hinausgehendes Publikum zu erreichen.

Der Inhalt ist in drei Teile gegliedert, die jeweils einem Lebensabschnitt Brupbachers entsprechen. Im ersten und weitaus längsten Teil (S. 11–218), der die Jahre 1874 bis 1914 umfaßt, schildert Lang die Entwicklung Brupbachers von seiner Kindheit in einem kleinbürgerlichen Elternhaus bis zu seinem faktischen Ausschluß aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz wegen anarchosyndikalistischer Linksabweichung. Der zweite Teil (S. 219–293) befaßt sich mit der Zeit des Ersten Weltkrieges, der Tätigkeit Brupbachers in

1 Vgl. hingegen – allerdings mit Einschränkungen – etwa Ernst Luther / Burchard Thaler (Hrsg.), *Der Arzt in der politischen Entscheidung*, Wissenschaftliche Beiträge der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg 1967/1 (A 4), Halle (Saale) 1967 oder Kurt Kühn (Hrsg.), *Ärzte an der Seite der Arbeiterklasse. Beiträge zur Geschichte des Bündnisses der deutschen Arbeiterklasse mit der medizinischen Intelligenz*, Berlin – DDR 1973.

2 *Fritz Brupbacher, 60 Jahre Ketzer. Selbstbiographie*. »Ich log so wenig als möglich«. Nachwort von Karl Lang, Zürich 1973; textlich unveränderter Neudruck von *Fritz Brupbacher, 60 Jahre Ketzer*, Zürich 1935, im Anhang mit Anmerkungen, Photographien und einem Nachwort versehen.

3 Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zur Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, Zürich o. J. (1975).

der KPS und seinem Ausschluß aus der KPS wegen bürgerlich-individualistischem Rechtsopportunismus im Jahre 1933. Im dritten Teil (S. 295–318) wird Brupbachers umfangreiche wissenschaftliche und organisatorische Tätigkeit im internationalen Syndikalismus und den Vereinigungen für Sexualreform seit Ende der 20er Jahre angedeutet – den Fragen der Geburtenkontrolle und den sich daran anschließenden sexualreformerischen Problemen hatte sich Brupbacher seit Beginn des Jahrhunderts mit Aufopferung gewidmet; seine diesbezüglichen Schriften, etwa »Kindersegen – und kein Ende?«⁴ oder »Kindersegen – Fruchtverhütung – Fruchtabtreibung«⁵, erreichten eine enorme Verbreitung.

Aus der Fülle von Brupbachers Charakterzügen erscheinen einige wesensbestimmend. Abgestoßen durch die kleinbürgerliche Enge seines Elternhauses, hatte Brupbacher eine unbändige Abneigung gegen das persönliche Gewinnstreben des Kleinbürgertums jedweder Couleur. Deshalb schlug er z. B. in der SP nach kurzer Parteizugehörigkeit bereits das Rezept eines »Revisionismus nach links« und eine Annäherung zum revolutionären Syndikalismus vor. Brupbachers Attacken gegen die »Politikanten«, die in der Arbeiterpartei dominierenden kleinbürgerlichen Streber, und deren Politik endeten mit seinem Ausschluß. Sein grenzenloser, nur den eigenen Idealen verpflichteter Individualismus wurde von seiner auf Ideen und ethische Prinzipien ausgerichteten Erziehung im Gymnasium geprägt. Er sah einen Weg zur Verwirklichung des Sozialismus darin, geeignete – d. h. von der Idee bessene, aufopferungsbereite, der breiten Masse vorauseilende – Individuen heranzuziehen. Brupbachers Bildungsarbeit in Partei und Gewerkschaft richtete sich daher nicht auf den Drill von Funktionärsnachwuchs. Er wollte vielmehr durch Erziehung und geistige Entfaltung den Wissensdrang seiner Schüler wecken, ihr kritisches Bewußtsein schärfen und damit letztlich ihre Individualität entfalten. Dieser ethisch motivierte Individualismus, den Brupbacher selbst vorlebte, brachte ihn auch in der KP – zumal während der zunehmenden Stalinisierung der III. Internationale – schnell in eine Außenseiterposition. Als Brupbacher nach dem Ausschluß Trotzki aus der KPdSU nicht für eine Vernichtung der Opposition sprach, sondern dafür, die Entwicklung in Rußland so zu gestalten, daß keine Opposition nötig sei, war sein Schicksal in der KPS besiegelt. Ohne den Drang, für die Verwirklichung seiner Ziele und Ideale auch zu kämpfen, wäre allerdings Brupbachers Leben nicht zu verstehen. Neben seiner ärztlichen Praxis, die er bewußt im Züricher Arbeiterviertel Ausersiehl, einem der ärmsten Viertel der Stadt, betrieb, machten ein geradezu unglaublicher Arbeitseinsatz als zeitweiliges Mitglied der Gemeindevertretung und kommunaler Kommissionen, als Redakteur, Herausgeber von Zeitschriften, Autor zahlreicher Broschüren und Bücher, als begehrter Referent und als Kursleiter sowie eine umfangreiche Korrespondenz seine Haupttätigkeit aus. Seine Arbeit und seine gerühmte Gastfreundschaft ließen ihn dabei mit vielen Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung – etwa August Bebel, Vera Figner, James Guillaume, Alexandra Kollontai, W. I. Lenin, Franz Mehring, Wiatscheslaw Menschinski, Pierre Monatte, Willi Münzenberg, Max Nettlau, Karl Radek, Leo Trotzki u. v. a. – in Verbindung treten.

Lang hat Gliederung und Aufbau von Brupbachers Autobiographie weitgehend übernommen, die Angaben überprüft, belegt und Verbesserungen und Erläuterungen hinzugefügt. Weiterhin bettet Lang das Leben Brupbachers in die allgemeine Entwicklung der Schweiz sowie der schweizerischen und internationalen Arbeiterbewegung ein. Hier ist anzumerken, daß Lang seine eigene Absicht nur teilweise verwirklicht, indem er den biographischen Aspekt zugunsten des sozialgeschichtlichen über weite Strecken vernachlässigt bzw. keine

4 *Fritz Brupbacher*, *Kindersegen – und kein Ende?* Zürich/München 1903 ff.; 1909 erschien bereits das 60. – 70. Tausend. Die Gesamtauflage innerhalb von 20 Jahren betrug 500 000; vgl. *Lang*, S. 63 f.

5 *Fritz Brupbacher*, *Kindersegen – Fruchtverhütung – Fruchtabtreibung*, Berlin 1925; bereits im Mai 1926 erschien als 4. Auflage das 101. – 150. Tausend.

wirkliche Synthese vollbringt – zugegebenermaßen eine schwierige Aufgabe. So werden z. B. auf den Seiten 70 bis 109 fast ausschließlich die Entwicklung des Syndikalismus und die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung dargeboten, ohne mögliche Interdependenzen und Interaktionen zwischen der beschriebenen Person und den geschilderten Ereignissen in extenso aufzuweisen. Auch sonst werden etwaige Zusammenwirkungen oft nur andeutungsweise angezeigt. So ergibt sich bisweilen der Eindruck, als ob zwei eigenständige Darstellungen – nämlich eine Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung und eine Biographie Brupbachers – nebeneinander herlaufen. Über Brupbachers letztes Lebensjahrzehnt – er starb 1944 – erfahren wir von Lang nichts. Auch der Einfluß des medizinischen Studiums (vgl. in der Autobiographie Brupbachers S. 32–72) und der ärztlichen Tätigkeit auf Brupbachers politisches Wirken verdient, stärker herausgearbeitet zu werden. Die Figur Brupbachers bleibt über lange Strecken blaß und kommt nur in den zahlreichen, aus der Autobiographie, Tagebüchern u. ä. entnommenen Zitaten (vgl. z. B. S. 138, 162, 316) zum Leben. Daraus erwächst zwangsweise der Wunsch, sich in der Autobiographie erneut ein kräftigeres Bild von Brupbachers imponierender Persönlichkeit zu verschaffen.

Diese kritischen Bemerkungen sollen aber keineswegs den Wert der Arbeit schmälern, zumal es hier nicht um prinzipielle Fragen, sondern um Fragen der Gewichtung verschiedener Ansätze geht. Es ist vielmehr zu hoffen, daß Langs Arbeit auch für Ärzte in der deutschen Arbeiterbewegung Nachahmer erhält⁶.

Alfons Labisch

Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53), Holzner Verlag, Würzburg 1973, 590 S., Ln., 36 DM.

Im Jahre 1970 veröffentlichte Matull eine kleine Arbeit über die ostpreußische Arbeiterbewegung¹. In seiner neueren umfangreichen Monographie behandelt er die Arbeiterbewegung in Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und der Freien Stadt Danzig. Das abschließende Kapitel über die deutsche Arbeiterbewegung in den nach 1918 an Polen abgetretenen Gebieten stammt von Otto Heike, der hier den zweiten Teil seiner Schrift über die deutsche Arbeiterbewegung in Polen zusammenfaßt und ergänzt². Matull weist in seiner Einleitung darauf hin, wie schwer es ist, relevantes Archivmaterial für sein Thema zu finden. Nicht herangezogen hat er die in wachsender Zahl in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten polnischer Historiker³. Er erkennt selbst, daß dadurch der Wert seiner Arbeit beeinträchtigt wird. Dennoch glaubt er, daß die von ihm gesammelten Materialien, besonders die noch nicht oder an verborgenen Stellen gedruckten Erinnerungen von Mithandelnden, eine Veröffentlichung rechtfertigen. So bietet die hier anzudeutende Arbeit eine wertvolle Quellensammlung für eine noch zu schreibende kritische Analyse

6 Zu dieser Forderung vgl. z. B. auch Kurt Nemitz, Julius Moses. Nachlaß und Bibliographie, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 10, Juni 1974, H. 2, S. 219 – 241, S. 219 und Friedel Läßle, Profit durch Krankheit? Das Gesundheitswesen aus Arbeitnehmersicht, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 222.

1 W. Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 423 – 425.

2 Otto Heike, Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835 – 1945, Dortmund 1969. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 425 – 427.

3 Er erwähnt lediglich den Literaturbericht von Andrzej Glowacki, Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung, in: IWK, H. 14, Dez. 1972, S. 18 – 30. Inzwischen ist in der IWK noch ein Bericht über das Instytut Śląski in Opole und seine Arbeiten erschienen: Franciszek Hawranek, Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des schlesischen Instituts in Opole (VR Polen), in: IWK 11, 1975, S. 487 – 495.

wirkliche Synthese vollbringt – zugegebenermaßen eine schwierige Aufgabe. So werden z. B. auf den Seiten 70 bis 109 fast ausschließlich die Entwicklung des Syndikalismus und die Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung dargeboten, ohne mögliche Interdependenzen und Interaktionen zwischen der beschriebenen Person und den geschilderten Ereignissen in extenso aufzuweisen. Auch sonst werden etwaige Zusammenwirkungen oft nur andeutungsweise angezeigt. So ergibt sich bisweilen der Eindruck, als ob zwei eigenständige Darstellungen – nämlich eine Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung und eine Biographie Brupbachers – nebeneinander herlaufen. Über Brupbachers letztes Lebensjahrzehnt – er starb 1944 – erfahren wir von Lang nichts. Auch der Einfluß des medizinischen Studiums (vgl. in der Autobiographie Brupbachers S. 32–72) und der ärztlichen Tätigkeit auf Brupbachers politisches Wirken verdient, stärker herausgearbeitet zu werden. Die Figur Brupbachers bleibt über lange Strecken blaß und kommt nur in den zahlreichen, aus der Autobiographie, Tagebüchern u. ä. entnommenen Zitaten (vgl. z. B. S. 138, 162, 316) zum Leben. Daraus erwächst zwangsweise der Wunsch, sich in der Autobiographie erneut ein kräftigeres Bild von Brupbachers imponierender Persönlichkeit zu verschaffen.

Diese kritischen Bemerkungen sollen aber keineswegs den Wert der Arbeit schmälern, zumal es hier nicht um prinzipielle Fragen, sondern um Fragen der Gewichtung verschiedener Ansätze geht. Es ist vielmehr zu hoffen, daß Langs Arbeit auch für Ärzte in der deutschen Arbeiterbewegung Nachahmer erhält⁶.

Alfons Labisch

Wilhelm Matull, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriss ihrer Geschichte, Leistung und Opfer (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 53), Holzner Verlag, Würzburg 1973, 590 S., Ln., 36 DM.

Im Jahre 1970 veröffentlichte Matull eine kleine Arbeit über die ostpreußische Arbeiterbewegung¹. In seiner neueren umfangreichen Monographie behandelt er die Arbeiterbewegung in Schlesien, Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Posen und der Freien Stadt Danzig. Das abschließende Kapitel über die deutsche Arbeiterbewegung in den nach 1918 an Polen abgetretenen Gebieten stammt von Otto Heike, der hier den zweiten Teil seiner Schrift über die deutsche Arbeiterbewegung in Polen zusammenfaßt und ergänzt². Matull weist in seiner Einleitung darauf hin, wie schwer es ist, relevantes Archivmaterial für sein Thema zu finden. Nicht herangezogen hat er die in wachsender Zahl in den letzten Jahren erschienenen Arbeiten polnischer Historiker³. Er erkennt selbst, daß dadurch der Wert seiner Arbeit beeinträchtigt wird. Dennoch glaubt er, daß die von ihm gesammelten Materialien, besonders die noch nicht oder an verborgenen Stellen gedruckten Erinnerungen von Mithandelnden, eine Veröffentlichung rechtfertigen. So bietet die hier anzudeutende Arbeit eine wertvolle Quellensammlung für eine noch zu schreibende kritische Analyse

6 Zu dieser Forderung vgl. z. B. auch Kurt Nemitz, Julius Moses. Nachlaß und Bibliographie, in: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jg. 10, Juni 1974, H. 2, S. 219 – 241, S. 219 und Friedel Läßle, Profit durch Krankheit? Das Gesundheitswesen aus Arbeitnehmersicht, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 222.

1 W. Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 423 – 425.

2 Otto Heike, Die deutsche Arbeiterbewegung in Polen 1835 – 1945, Dortmund 1969. Vgl. Rezension im AfS X, 1970, S. 425 – 427.

3 Er erwähnt lediglich den Literaturbericht von Andrzej Glowacki, Die Forschungsthemen polnischer Historiker auf dem Gebiet der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung, in: IWK, H. 14, Dez. 1972, S. 18 – 30. Inzwischen ist in der IWK noch ein Bericht über das Instytut Śląski in Opole und seine Arbeiten erschienen: Franciszek Hawranek, Die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Forschungen des schlesischen Instituts in Opole (VR Polen), in: IWK 11, 1975, S. 487 – 495.

der Arbeiterbewegung in den genannten Gebieten, an der sich deutsche und polnische Historiker beteiligen müßten.

Anders als in seiner Arbeit über Ostpreußen, die auch noch ohne Anmerkungen erschien, beschränkt sich Matull in den Hauptkapiteln – auch in dem über Ostpreußen – nicht auf eine reine Organisationsgeschichte, sondern versucht, die organisierte Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung darzustellen. Doch beschränken sich diese einleitenden Kapitel über die »Struktur der Provinz« auf die Wiedergabe einiger Wirtschaftsdaten, die oftmals kürzer und klarer in Tabellen abgedruckt werden könnten. Ebenfalls hätten die für die politische Entwicklung bedeutsamen Wahlstatistiken in klareren Tabellen zusammengefaßt werden können. Bei einigen Wahlergebnissen fehlen wichtige Vergleichszahlen, z. B. bei den Ergebnissen für Polnisch-Oberschlesien (S. 515 f.) die Zahlen für die polnischen bürgerlichen Parteien.

Von besonderem Wert sind die längeren Zitate aus den Erlebnisberichten an den Ereignissen beteiligter Personen: So schreibt Immanuel Birnbaum über die Verhältnisse in Oberschlesien nach 1918 (S. 205 f.), Max Frank über Pommern 1945/46 (S. 299–303), Erwin Lichtenstein über »Begegnungen mit Danziger Sozialisten« (S. 454–458). Manche Zitate hätte der Verfasser jedoch kürzen können, z. B. Paul Löbes Berichte über seine Erlebnisse im KZ Dürrgoy 1933 und seine Verhaftung 1944 (S. 133–135, 138–139), die in Löbes gedruckten Erinnerungen leicht nachlesbar sind⁴. Leider sind manche Zitate, z. B. die Auszüge aus Löbes Erinnerungen, nur ungenau in den Anmerkungen nachgewiesen.

Matull will in seiner Arbeit nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung behandeln. Doch sind die Kapitel über die Gewerkschaften meist recht kurz, wobei er allerdings auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erwähnt. Ausführlicher und informativer sind die Kapitel über die Presse der Arbeiterbewegung.

Erwähnt sei die prachtvolle Ausstattung des Bandes. Von den wichtigen Persönlichkeiten werden Fotos veröffentlicht, ihre Lebensdaten in den Erläuterungen genannt. Ebenfalls werden einige wichtige Zeitungsköpfe und sonstige Dokumente abgebildet. Nicht ganz glücklich scheint es zu sein, daß Matull sowohl nach jedem Kapitel wie auch am Schluß des Bandes Literaturverzeichnisse abdruckt. Das erschwert die Benutzung. Bei einer so großzügigen Aufmachung vermißt man etwas einige informative Karten. Ein Personen- und ein Sachregister ergänzen die Arbeit.

Willy Albrecht

Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV) zu Berlin vom 22. bis 25. Mai 1872. Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1872, Einhorn-Press, Köln 1974, 68 S., kart., 12 DM.

Während die Parteitageprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, 1869–1874), der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, 1875–1887) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD, ab 1890) in Neudrucken vorliegen, ist eine Neuherausgabe der Protokolle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV, 1863–1874) bislang ein Desiderat der Forschung. Eine solche Neuherausgabe dürfte sich nicht auf den Wiederabdruck der als selbständige Schriften erschienenen Protokolle der späteren Generalversammlungen des ADAV beschränken, sondern müßte versuchen, auch die ersten Generalversammlungen sowie die Kongresse der abgespaltenen Fraktionen, des »Lassalleanischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins« und des »Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins«, über die nur Presseberichte erschienen, zu dokumentieren. Da eine solche Dokumentation noch fehlt, kann man es nur begrüßen, daß die Einhorn-Press, deren Quelleneditionen über die »Arbeiterbewegung in den Rheinlanden«

⁴ Paul Löbe, *Der Weg war lang*, Berlin 1954, S. 221 – 225 und 239 f.

der Arbeiterbewegung in den genannten Gebieten, an der sich deutsche und polnische Historiker beteiligen müßten.

Anders als in seiner Arbeit über Ostpreußen, die auch noch ohne Anmerkungen erschien, beschränkt sich Matull in den Hauptkapiteln – auch in dem über Ostpreußen – nicht auf eine reine Organisationsgeschichte, sondern versucht, die organisierte Arbeiterbewegung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung darzustellen. Doch beschränken sich diese einleitenden Kapitel über die »Struktur der Provinz« auf die Wiedergabe einiger Wirtschaftsdaten, die oftmals kürzer und klarer in Tabellen abgedruckt werden könnten. Ebenfalls hätten die für die politische Entwicklung bedeutsamen Wahlstatistiken in klareren Tabellen zusammengefaßt werden können. Bei einigen Wahlergebnissen fehlen wichtige Vergleichszahlen, z. B. bei den Ergebnissen für Polnisch-Oberschlesien (S. 515 f.) die Zahlen für die polnischen bürgerlichen Parteien.

Von besonderem Wert sind die längeren Zitate aus den Erlebnisberichten an den Ereignissen beteiligter Personen: So schreibt Immanuel Birnbaum über die Verhältnisse in Oberschlesien nach 1918 (S. 205 f.), Max Frank über Pommern 1945/46 (S. 299–303), Erwin Lichtenstein über »Begegnungen mit Danziger Sozialisten« (S. 454–458). Manche Zitate hätte der Verfasser jedoch kürzen können, z. B. Paul Löbes Berichte über seine Erlebnisse im KZ Dürrgoy 1933 und seine Verhaftung 1944 (S. 133–135, 138–139), die in Löbes gedruckten Erinnerungen leicht nachlesbar sind⁴. Leider sind manche Zitate, z. B. die Auszüge aus Löbes Erinnerungen, nur ungenau in den Anmerkungen nachgewiesen.

Matull will in seiner Arbeit nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung behandeln. Doch sind die Kapitel über die Gewerkschaften meist recht kurz, wobei er allerdings auch die christlichen und liberalen Gewerkschaften erwähnt. Ausführlicher und informativer sind die Kapitel über die Presse der Arbeiterbewegung.

Erwähnt sei die prachtvolle Ausstattung des Bandes. Von den wichtigen Persönlichkeiten werden Fotos veröffentlicht, ihre Lebensdaten in den Erläuterungen genannt. Ebenfalls werden einige wichtige Zeitungsköpfe und sonstige Dokumente abgebildet. Nicht ganz glücklich scheint es zu sein, daß Matull sowohl nach jedem Kapitel wie auch am Schluß des Bandes Literaturverzeichnisse abdruckt. Das erschwert die Benutzung. Bei einer so großzügigen Aufmachung vermißt man etwas einige informative Karten. Ein Personen- und ein Sachregister ergänzen die Arbeit.

Willy Albrecht

Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV) zu Berlin vom 22. bis 25. Mai 1872. Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe Berlin 1872, Einhorn-Press, Köln 1974, 68 S., kart., 12 DM.

Während die Parteitageprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, 1869–1874), der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD, 1875–1887) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD, ab 1890) in Neudrucken vorliegen, ist eine Neuherausgabe der Protokolle des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV, 1863–1874) bislang ein Desiderat der Forschung. Eine solche Neuherausgabe dürfte sich nicht auf den Wiederabdruck der als selbständige Schriften erschienenen Protokolle der späteren Generalversammlungen des ADAV beschränken, sondern müßte versuchen, auch die ersten Generalversammlungen sowie die Kongresse der abgespaltenen Fraktionen, des »Lassalleanischen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins« und des »Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeitervereins«, über die nur Presseberichte erschienen, zu dokumentieren. Da eine solche Dokumentation noch fehlt, kann man es nur begrüßen, daß die Einhorn-Press, deren Quelleneditionen über die »Arbeiterbewegung in den Rheinlanden«

⁴ Paul Löbe, *Der Weg war lang*, Berlin 1954, S. 221 – 225 und 239 f.

an anderer Stelle angezeigt werden, als Einzeledition das Protokoll der Generalversammlung des ADAV von 1872 vorlegt. Denn auf diesem Parteitag fanden für die weitere Entwicklung des ADAV wichtige Auseinandersetzungen statt: Einmal die scharfe Distanzierung des Vereins von seinem früheren langjährigen Präsidenten Johann Baptist von Schweizer, dann die Diskussion über das Verhältnis der Partei zu den ihr nahestehenden Gewerkschaften. Der Streit zwischen der gewerkschaftsfeindlichen Richtung um Karl Wilhelm Tölcke und den lassalleanischen Gewerkschaftsführern, besonders Paul Grottkau und Otto Kapell, hatte bereits auf der Vorstandssitzung des ADAV am 3. März 1872 eine große Rolle gespielt, deren Protokoll mit abgedruckt wird.

Willy Albrecht

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 518 S., Pb., 98 DM.

Von der seit Beginn der sechziger Jahre durch die Arbeiten von Tormin, Kolb, v. Oertzen, Elben, Rürup und anderen thematisch neu akzentuierten und zu bemerkenswerter Produktivität stimulierten Geschichtsschreibung zur deutschen Revolution von 1918/19 sind die Soldatenräte über Gebühr lange ausgespart worden, ein Versäumnis, das um so schwerer wog, als es den Betrachter zur Verifizierung der zwar häufig konstatierten, aber nie schlüssig belegten Vermutung über das demokratische Potential in der militärischen Rätebewegung auf die ältere, zum Teil dramatisierend-spekulative, insgesamt wenig konzise Literatur verwies. Nachdem so der Dreh- und Angelpunkt, die eigentliche Machtfrage der Revolution, die in letzter Instanz über die Erfolgsaussichten einer revolutionären Transformation obrigkeitsstaatlicher Herrschaftsbastionen in eine demokratisch fundierte Republik entschied, bisher eher an der Peripherie der wissenschaftlichen Diskussion siedelte, liegt nun mit Kluges gewichtigem Buch eine Untersuchung vor, die sich dieser Probleme mit akribischer Genauigkeit und beträchtlichem analytischen Scharfsinn angenommen hat, eine Studie, die sich nicht nur durch die Erschließung eines immensen und verstreuten Quellenmaterials auszeichnet, sondern auch durch eine umfassende Auffächerung des Revolutionsgeschehens auf regionaler und zentraler Ebene, die den verschiedenen militärpolitischen Trends zwischen Novemberumsturz 1918 und März 1919, der Verabschiedung des Gesetzes über die Vorläufige Reichswehr, nachgeht, sie auf den Interpretationsrahmen der jüngeren Revolutionsforschung bezieht und dementsprechend mit veränderten Bewertungen versieht.

Im Ansatz und in der Methode dem Vorbild der erwähnten Vorgänger verpflichtet, begreift auch Kluge die Revolution als eine prinzipiell offene Situation, die den politisch Handelnden eine breite Palette von Orientierungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bot, sucht auch er nach Alternativen, die geeignet gewesen wären, die Politik während der Übergangsperiode in eine andere Richtung zu lenken und den Weimarer Staat mit einem stabileren Unterbau und einem demokratisch verlässlichen Wehrinstrument zu versehen. Insofern ist es konsequent und legitim, wenn sich der Autor nicht nur darauf beschränkt, die vorfindbaren Abläufe und Konstellationen zu registrieren, sondern seiner Argumentation kontrafaktische Fragen nach den »verpaßten militärpolitischen Chancen« (S. 15) in den Geburtsstunden der Republik und den Folgen von »Unterlassungssünden« der regierenden Sozialdemokratie unterlegt und damit dem Leser einen »roten Faden« an die Hand gibt, der sein Interesse bündelt und ihn in die Lage versetzt, die zahllosen Einzelbeobachtungen des Buches sinnvoll geordnet zu rezipieren.

Kluges Arbeit gruppiert sich um drei »Problemkomplexe«: erstens um die »Geschichte der militärischen Rätebewegung in Deutschland, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Rolle bei der Ausbreitung der Aufstandsbewegung, ihre improvisierten Strukturen, ihre Verbindung

an anderer Stelle angezeigt werden, als Einzeledition das Protokoll der Generalversammlung des ADAV von 1872 vorlegt. Denn auf diesem Parteitag fanden für die weitere Entwicklung des ADAV wichtige Auseinandersetzungen statt: Einmal die scharfe Distanzierung des Vereins von seinem früheren langjährigen Präsidenten Johann Baptist von Schweizer, dann die Diskussion über das Verhältnis der Partei zu den ihr nahestehenden Gewerkschaften. Der Streit zwischen der gewerkschaftsfeindlichen Richtung um Karl Wilhelm Tölcke und den lassalleanischen Gewerkschaftsführern, besonders Paul Grottkau und Otto Kapell, hatte bereits auf der Vorstandssitzung des ADAV am 3. März 1872 eine große Rolle gespielt, deren Protokoll mit abgedruckt wird.

Willy Albrecht

Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 14), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 518 S., Pb., 98 DM.

Von der seit Beginn der sechziger Jahre durch die Arbeiten von Tormin, Kolb, v. Oertzen, Elben, Rürup und anderen thematisch neu akzentuierten und zu bemerkenswerter Produktivität stimulierten Geschichtsschreibung zur deutschen Revolution von 1918/19 sind die Soldatenräte über Gebühr lange ausgespart worden, ein Versäumnis, das um so schwerer wog, als es den Betrachter zur Verifizierung der zwar häufig konstatierten, aber nie schlüssig belegten Vermutung über das demokratische Potential in der militärischen Rätebewegung auf die ältere, zum Teil dramatisierend-spekulative, insgesamt wenig konzise Literatur verwies. Nachdem so der Dreh- und Angelpunkt, die eigentliche Machtfrage der Revolution, die in letzter Instanz über die Erfolgsaussichten einer revolutionären Transformation obrigkeitsstaatlicher Herrschaftsbastionen in eine demokratisch fundierte Republik entschied, bisher eher an der Peripherie der wissenschaftlichen Diskussion siedelte, liegt nun mit Kluges gewichtigem Buch eine Untersuchung vor, die sich dieser Probleme mit akribischer Genauigkeit und beträchtlichem analytischen Scharfsinn angenommen hat, eine Studie, die sich nicht nur durch die Erschließung eines immensen und verstreuten Quellenmaterials auszeichnet, sondern auch durch eine umfassende Auffächerung des Revolutionsgeschehens auf regionaler und zentraler Ebene, die den verschiedenen militärpolitischen Trends zwischen Novemberumsturz 1918 und März 1919, der Verabschiedung des Gesetzes über die Vorläufige Reichswehr, nachgeht, sie auf den Interpretationsrahmen der jüngeren Revolutionsforschung bezieht und dementsprechend mit veränderten Bewertungen versieht.

Im Ansatz und in der Methode dem Vorbild der erwähnten Vorgänger verpflichtet, begreift auch Kluge die Revolution als eine prinzipiell offene Situation, die den politisch Handelnden eine breite Palette von Orientierungs- und Entscheidungsmöglichkeiten bot, sucht auch er nach Alternativen, die geeignet gewesen wären, die Politik während der Übergangsperiode in eine andere Richtung zu lenken und den Weimarer Staat mit einem stabileren Unterbau und einem demokratisch verlässlichen Wehrinstrument zu versehen. Insofern ist es konsequent und legitim, wenn sich der Autor nicht nur darauf beschränkt, die vorfindbaren Abläufe und Konstellationen zu registrieren, sondern seiner Argumentation kontrafaktische Fragen nach den »verpaßten militärpolitischen Chancen« (S. 15) in den Geburtsstunden der Republik und den Folgen von »Unterlassungssünden« der regierenden Sozialdemokratie unterlegt und damit dem Leser einen »roten Faden« an die Hand gibt, der sein Interesse bündelt und ihn in die Lage versetzt, die zahllosen Einzelbeobachtungen des Buches sinnvoll geordnet zu rezipieren.

Kluges Arbeit gruppiert sich um drei »Problemkomplexe«: erstens um die »Geschichte der militärischen Rätebewegung in Deutschland, die Ursachen ihrer Entstehung, ihre Rolle bei der Ausbreitung der Aufstandsbewegung, ihre improvisierten Strukturen, ihre Verbindung

zu den sozialistischen Parteien, ihre militär- und verfassungspolitische Zielsetzung« sowie »ihre politische und militärische Praxis«; zweitens um das »Problem der bewaffneten Macht im politischen Umbruchprozeß« und den Beitrag der Soldatenräte und Volkswehren »zum Schutz der Republik nach innen und außen« und schließlich drittens um die »Entwicklung der Militärpolitik unter republikanischem Vorzeichen, wobei besondere Aufmerksamkeit den politischen Konflikten zwischen den Soldatenräten, der Regierung der Volksbeauftragten und der Obersten Heeresleitung gewidmet wird«, um auf diese Weise den Hauptverantwortlichen für die binnen kurzem »allenthalben« zu beobachtenden Anzeichen einer »Restauration vorrevolutionärer innenpolitischer Machtverhältnisse« auf die Spur zu kommen (S. 16). Bewältigt wird dieser umfangreiche Themenkatalog in einer chronologisch sorgfältig abgestuften Analyse, welche die Rätebewegung und ihre Gegenspieler in den zivilen und militärischen Behörden des Reichs und der Einzelstaaten in drei Entwicklungsschritten verfolgt (S. 352 f.): in der »Entstehungsphase (Ende Oktober bis 9. November), in der Phase der organisatorischen Konsolidierung (November/Dezember 1918) und in der Auflösungsphase (Januar bis März 1919)«.

Da eine knappe Annotation der Fülle von Details und Anregungen in Kluges Forschungen noch nicht einmal andeutungsweise gerecht werden kann, soll auf eine an die einzelnen Kapitel angelehnte Skizze des Inhalts verzichtet und statt dessen die Gelegenheit benutzt werden, um an einigen Grundlinien der Darstellung kritische Einwände zu formulieren und auf »Fragwürdiges« hinzuweisen, das nochmaliger Überprüfung wert wäre.

1. Kluge kennzeichnet resümierend die ersten Tage des Umsturzes mit der Bemerkung, die Kaserne habe die Fabrik »revolutioniert« (S. 105), eine wenig überzeugende und recht kurzatmige Einschätzung, die vorschnell die Ereignisse im norddeutschen Raum verallgemeinert und auch dort die Situation wohl an der Oberfläche, nicht aber im Kern trifft. Für die Vorgänge in München und Berlin, denen mindestens ebensolche Signalwirkung zukam wie denen in Kiel, gilt sie – wie der Autor einräumen muß – ohnehin nicht. Sie widerspricht zudem der im selben Atemzug vorgetragenen Bewertung der Matrosenunruhen als einer »politisch nicht profilierten Demonstrationbewegung« (S. 105), die erst im nachhinein von außen und zwar von den beiden sozialistischen Parteien politisiert worden ist und deren ursprünglich auf eine Revision des internen Dienstreglements begrenzte Positionen erst durch das Hinzutreten der organisierten Industriearbeiterschaft mit politischer, wenngleich nicht überall einheitlich konturierter Perspektive und systemsprengender Stoßkraft ausgestattet wurden. Man wird daher gut beraten sein, sich durch die zitierte These nicht von den in der Einleitung (S. 20 ff.) angetippten, tiefer wurzelnden sozialgeschichtlichen Ursachen der Revolution ablenken zu lassen, von der in den Kriegsjahren vehement angeschwollenen Mißstimmung in den Industriezentren, vom drastischen Legitimationsverlust des politischen Systems, von den sozialökonomischen Antagonismen und den Polarisierungen der Wilhelminischen Gesellschaft, deren Gräben auch angestrengte Burgfriedensparolen nicht zuzuschütten vermocht hatten und ohne deren Vorhandensein die Meuterei in den Marinestationen der Nord- und Ostseeküste vermutlich eine isolierte und mühelos zu erstickende Revolte geblieben wäre.

2. Während die Schilderung der Soldatenräte im Bereich der Generalkommandos und Armeekorps bisweilen zu stark verästelt wird und daher Gefahr läuft zu zerfasern, verdienen die Abschnitte über die Rolle der Obersten Heeresleitung als konservativer Antipode der Rätebewegung und jedweder Ansprüche auf Demokratisierung des Militärapparates um so mehr hervorgehoben zu werden. Sie gehören zu den dichtesten und gelungensten Partien des Buches. Mit geradezu minutiöser Genauigkeit und bemerkenswerter Abgewogenheit des Urteils wird darin der Prozeß einer allmählichen Verlagerung der innenpolitischen Gewichte zugunsten der traditionellen militärischen Eliten nachgezeichnet. Gestützt auf eindrucksvolle Materialien, kann Kluge demonstrieren, wie sehr sich die vierte OHL

unter Groener/Hindenburg von Anfang an als eigenständiges politisches Kraftzentrum begriff und mit welcher Virtuosität sie es verstand, die Ressentiments der regierenden Mehrheitssozialdemokraten gegen die Institution der Räte für ihre Zwecke zu nutzen, angesichts der militärpolitischen Konzeptionslosigkeit und des Immobilismus im Rat der Volksbeauftragten Gegenmachtpositionen zu installieren, die antimilitaristischen Hamburger Punkte des Rätekongresses auf ein totes Gleis zu schieben, die Räte als Machtfaktor auszuschalten und sie auf einflußlose Beschwerdeinstanzen (Vertrauensleute) in ›Magenfragen‹ abzudrängen. So begrüßenswert und verdienstvoll es in diesem Zusammenhang ist, das viel beschworene ›Bündnis‹ Ebert-Groener von enger Personalisierung zu lösen und zu entdämonisieren, so sehr muß es jedoch Zweifel wecken, wenn der Autor dessen Existenz für die ersten Wochen nach dem Staatsumsturz überhaupt leugnet: »Das Verhältnis zwischen Regierung und Heeresleitung in den Tagen nach dem Umsturz war kein Bündnis Ebert-Groener, das auf den politischen Absichten der beiden Männer beruhte, es war auch kein Bündnis, das sich von vornherein auf die Bekämpfung radikal sozialistischer Strömungen in Deutschland richtete. Die Überlieferung der Geschehnisse aus den Tagen unmittelbar nach dem Zusammenbruch deutet darauf hin, daß der Heeresleitung von den revolutionär-republikanischen Kräften, dem Rat der Volksbeauftragten, nur ein militärtechnischer Auftrag zur unverzüglichen Liquidierung der aus dem Waffenstillstand entstandenen Verpflichtung erteilt worden ist« (S. 144).

Hinweise auf die hier durchschimmernde Neigung, die Manövrierfähigkeit der OHL im innenpolitischen Kräftefeld während der Novemberwochen zugunsten eines vermeintlichen Übergewichts des Rates der Volksbeauftragten herabzustufen, finden sich auch an anderer Stelle. So spricht Kluge beispielsweise davon, die OHL habe am 9./10. November einen »totalen Machtverlust« (S. 205) erlitten, und meint weiter, die zivilen und militärischen Bürokratien hätten sich in jenen Tagen einem »umfassenden Anpassungsprozeß an die neuen Machtverhältnisse« (S. 169) unterworfen. Beide Bemerkungen verraten eine enge, ja geradezu abstrakte Betrachtungsweise: Sie geben allenfalls in formaler Hinsicht die vielfältigen Loyalitätsbekundungen wieder, die freilich ohne die vorherigen Zusicherungen der Regierung an die Beamtenschaft und das Offizierkorps, die ›wohlerworbenen Rechte‹ nicht antasten zu wollen, in dieser Form wahrscheinlich nicht erfolgt wären. Es paßt auch schlecht in das Schema dieser Interpretation, daß die OHL bereits am 10. November erfolgreich daran ging, wie Kluge nuancenreich beschreibt, »die Bewegung unter den Soldaten des Feldheeres ›in die Hand der Offiziere‹ zu bekommen«, und sich von den Volksbeauftragten »einen umfassenden Katalog von Offiziersrechten« gegen die Befugnisse der Soldatenräte garantieren ließ (S. 206 f.). Nun mag man es ablehnen, darin ein Indiz für ein formelles und von den Beteiligten notifiziertes ›Bündnis‹ zu sehen; immerhin sprechen die Zugeständnisse an die Repräsentanten der abgedankten Ordnung dafür, daß so etwas wie eine beiderseits akzeptierte Geschäftsgrundlage existiert haben muß, und es ist kaum vorstellbar, daß sich Groener mit Ebert, mit dem er in regelmäßigem und direkt geschaltetem telefonischen Kontakt stand, nicht über die Eckdaten einer gemeinsamen Politik verständigt haben sollte. Zwar sind bisher absolut stringente Beweise für die ältere Auffassung nicht beigebracht worden, nach der Ebert bereits am 10. November weitgehende Absprachen mit den Militärs getroffen habe, um ein Weitertreiben der Situation in ›russische‹ Dimensionen zu verhindern; aber auch Kluges Beurteilung, der eine solche Bündniskonstellation erst für die Zeit nach dem Rätekongreß gelten lassen möchte, ist nicht mehr als eine Hypothese, zu deren Absicherung kein prinzipiell neues Material präsentiert wird. Sie vermag zudem einige Entwicklungen nicht plausibel zu erklären, etwa warum Ebert so viel daran gelegen war, die militärpolitischen Beschlüsse des Kongresses zu verhindern und, als dies fehlschlug, sie durch einen Zusatz wenigstens zu entschärfen.

Für Kluge übte die OHL in den ersten Tagen und Wochen der Umwälzung primär die

Funktion einer – so der etwas umständliche Terminus – »militärtechnischen Liquidationsinstitution« aus (S. 205 und öfter), aus der nicht notwendigerweise die Rolle einer anti-revolutionären, konservativen Ordnungsmacht habe hervorgewachsen müssen. Damit ist möglicherweise der Erwartungshorizont der Unabhängigen im Kabinett zutreffend bezeichnet. Zumindest deutet Dittmann in seinen Erinnerungen eine solche Position an, wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß jener *post festum* versucht sein konnte, die mangelnde militärpolitische Initiative und Entschlossenheit der unabhängigen Regierungsmitglieder zu kaschieren und mit einem Hauch von Sachzwang zu umgeben. Ob die MSPD-Volksbeauftragten, zumal Ebert, in ähnlich illusionären Auffassungen befangen waren – darüber läßt sich nur spekulieren. Auf jeden Fall engte das Paktieren mit der OHL die »Offenheit« der Situation frühzeitig ein: Das Dilemma, »sich des alten Militärapparates für die Übergangszeit zu bedienen, ohne ihn dadurch zu stabilisieren« (Rürup), wurde – sofern es die Verantwortlichen in dieser Schärfe überhaupt erkannten – nicht gelöst, und die Chancen, die Armee zu demokratisieren, wurden verspielt. Die einzelnen Stationen dieses Prozesses hat Kluge überzeugend analysiert. Darüber dürfen auch kritische Anmerkungen, wie die hier vorgetragenen, nicht hinwegtäuschen. Wer sich künftig mit der Revolution von 1918/19, den Gründen ihres Scheiterns und – darin eingebettet – mit dem Phänomen des Militarismus in Deutschland beschäftigen will, tut gut daran, Kluges anregende Studie ausführlich zu konsultieren.

Jens Flemming

Die deutsche Revolution 1918 – 1919. Dokumente, hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2., erheblich erw. und überarb. Auflage (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1975, 502 S., brosch., 38 DM.

Die nun in einer zweiten Ausgabe vorliegende, um neue Dokumente zu den Komplexen »Staatliche Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber« (Kap. XI) und »Die Parteien« (Kap. XIV) erweiterte Quellensammlung zur deutschen Revolution 1918/19 verdient Anerkennung, jedoch sind bestimmte konzeptuelle Schwächen nicht zu übersehen.

Entsprechend der auch schon in der ersten Ausgabe der Edition (Frankfurt 1968) vertretenen richtigen These, daß die Ursachen, der Verlauf sowie das Ende der revolutionären Bewegung 1918/19 ohne eine Analyse der Vorgeschichte nicht zu verstehen seien, setzen die beiden Herausgeber G. A. Ritter und S. Miller an den Beginn ihrer Dokumentation eine Quellenauswahl zum Thema »Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand«. Insgesamt ist die Quellensammlung in drei Abschnitte untergliedert; die Abschnitte A (»Die Entstehung der Republik«) und B (»Stadien der Revolution«) sind chronologisch angelegt; hier werden Probleme thematisiert wie »Der Sturz der Monarchien« (Kap. II), die Berufung einer Revolutionsregierung in Berlin (»Die Bildung des Rats der Volksbeauftragten«, Kap. III) und das Verhältnis des Rats der Volksbeauftragten zu den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten in der Revolutionsphase November 1918 bis Februar 1919 (Kap. IV–IX). Der Abschnitt C (»Der Grundriß der Republik«) schließlich ist nach einzelnen Sachproblemen strukturiert. Hier werden u. a. folgende Themen angesprochen: die staatliche Sozialpolitik, die Rolle der Gewerkschaften, Arbeitgeber und politischen Parteien (Kap. XI und XIV), die Problematik der Sozialisierung (Kap. XII), das Verhältnis von Staat und Kirche z. B. in der Schulfrage (Kap. XIII), die Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland (Kap. XV), die Diskussion um die zukünftige Herrschaftsform (Rätedemokratie oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie, Kap. XVI). Jedem der insgesamt 18 Kapitel haben die Herausgeber eine kurze Einleitung vorangestellt. Sie erfüllt im wesentlichen die Funktion, die jeweils folgenden Dokumente interpretierend miteinander zu verbinden.

Funktion einer – so der etwas umständliche Terminus – »militärtechnischen Liquidationsinstitution« aus (S. 205 und öfter), aus der nicht notwendigerweise die Rolle einer anti-revolutionären, konservativen Ordnungsmacht habe hervorgewachsen müssen. Damit ist möglicherweise der Erwartungshorizont der Unabhängigen im Kabinett zutreffend bezeichnet. Zumindest deutet Dittmann in seinen Erinnerungen eine solche Position an, wobei allerdings auch zu berücksichtigen ist, daß jener *post festum* versucht sein konnte, die mangelnde militärpolitische Initiative und Entschlossenheit der unabhängigen Regierungsmitglieder zu kaschieren und mit einem Hauch von Sachzwang zu umgeben. Ob die MSPD-Volksbeauftragten, zumal Ebert, in ähnlich illusionären Auffassungen befangen waren – darüber läßt sich nur spekulieren. Auf jeden Fall engte das Paktieren mit der OHL die »Offenheit« der Situation frühzeitig ein: Das Dilemma, »sich des alten Militärapparates für die Übergangszeit zu bedienen, ohne ihn dadurch zu stabilisieren« (Rürup), wurde – sofern es die Verantwortlichen in dieser Schärfe überhaupt erkannten – nicht gelöst, und die Chancen, die Armee zu demokratisieren, wurden verspielt. Die einzelnen Stationen dieses Prozesses hat Kluge überzeugend analysiert. Darüber dürfen auch kritische Anmerkungen, wie die hier vorgetragenen, nicht hinwegtäuschen. Wer sich künftig mit der Revolution von 1918/19, den Gründen ihres Scheiterns und – darin eingebettet – mit dem Phänomen des Militarismus in Deutschland beschäftigen will, tut gut daran, Kluges anregende Studie ausführlich zu konsultieren.

Jens Flemming

Die deutsche Revolution 1918 – 1919. Dokumente, hrsg. von Gerhard A. Ritter und Susanne Miller, 2., erheblich erw. und überarb. Auflage (= Hoffmann und Campe Reader), Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg 1975, 502 S., brosch., 38 DM.

Die nun in einer zweiten Ausgabe vorliegende, um neue Dokumente zu den Komplexen »Staatliche Sozialpolitik, Gewerkschaften und Arbeitgeber« (Kap. XI) und »Die Parteien« (Kap. XIV) erweiterte Quellensammlung zur deutschen Revolution 1918/19 verdient Anerkennung, jedoch sind bestimmte konzeptuelle Schwächen nicht zu übersehen.

Entsprechend der auch schon in der ersten Ausgabe der Edition (Frankfurt 1968) vertretenen richtigen These, daß die Ursachen, der Verlauf sowie das Ende der revolutionären Bewegung 1918/19 ohne eine Analyse der Vorgeschichte nicht zu verstehen seien, setzen die beiden Herausgeber G. A. Ritter und S. Miller an den Beginn ihrer Dokumentation eine Quellenauswahl zum Thema »Militärischer Zusammenbruch und Waffenstillstand«. Insgesamt ist die Quellensammlung in drei Abschnitte untergliedert; die Abschnitte A (»Die Entstehung der Republik«) und B (»Stadien der Revolution«) sind chronologisch angelegt; hier werden Probleme thematisiert wie »Der Sturz der Monarchien« (Kap. II), die Berufung einer Revolutionsregierung in Berlin (»Die Bildung des Rats der Volksbeauftragten«, Kap. III) und das Verhältnis des Rats der Volksbeauftragten zu den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten in der Revolutionsphase November 1918 bis Februar 1919 (Kap. IV–IX). Der Abschnitt C (»Der Grundriß der Republik«) schließlich ist nach einzelnen Sachproblemen strukturiert. Hier werden u. a. folgende Themen angesprochen: die staatliche Sozialpolitik, die Rolle der Gewerkschaften, Arbeitgeber und politischen Parteien (Kap. XI und XIV), die Problematik der Sozialisierung (Kap. XII), das Verhältnis von Staat und Kirche z. B. in der Schulfrage (Kap. XIII), die Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland (Kap. XV), die Diskussion um die zukünftige Herrschaftsform (Rätedemokratie oder bürgerlich-parlamentarische Demokratie, Kap. XVI). Jedem der insgesamt 18 Kapitel haben die Herausgeber eine kurze Einleitung vorangestellt. Sie erfüllt im wesentlichen die Funktion, die jeweils folgenden Dokumente interpretierend miteinander zu verbinden.

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß in der vorliegenden Dokumentation dem Leser eine Vielzahl von wichtigen und z. T. aufschlußreichen Quellen vorgeführt wird. Es kann aber auch nicht die Tatsache übersehen werden, daß im Blick auf die editorische Einleitung eine begriffliche sowie inhaltliche Präzisierung und in der Komposition der Quellentexte die eine oder andere Änderung wünschenswert und sinnvoll gewesen wäre. Der Leser vermißt in der Einleitung eine theoretische Grundlegung des Revolutionsbegriffs, der – wie z. B. in den Versuchen der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR erkennbar – unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien (Frage der politischen und sozioökonomischen Zielsetzungen, soziale Struktur der Revolutionsträger, Einsatz der Kampf- und Organisationsmittel) eine Charakterisierung der deutschen Revolution ermöglicht hätte. So aber bleibt die im Anschluß an F. Meinecke (Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 113) vertretene These der Herausgeber, die Revolution habe einen »konservativen Zug« getragen, relativ unpräzise. Auch die Frage nach den Chancen, nicht allein im staatlich-politischen Bereich die bisher obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsstrukturen zu demokratisieren, sondern insbesondere auch in der ökonomischen Produktionssphäre die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter auszuweiten, wird nicht diskutiert.

Bei der Auswahl der Dokumente fällt auf, daß z. B. im Kap. IV (»Regierung, Räte und Militär«) nur sehr wenige Quellentexte enthalten sind, die Auskunft geben über die Zielsetzungen, die Organisations- und Funktionsstruktur der Arbeiter- und Soldatenräte. Über die Existenz, die Aufgaben und Arbeitsweise von Räten auf dem agrarischen und betrieblichen Sektor finden sich in diesem Kapitel überhaupt keine Angaben und in den folgenden Abschnitten nur verstreut einzelne Quellentexte. Dies ist um so bemerkenswerter, spielten doch die Räte nicht allein in Berlin, worauf sich die Dokumentation im wesentlichen beschränkt, sondern auch in den einzelnen deutschen Gliedstaaten eine – von regionalen bzw. lokalen Abweichungen abgesehen – nicht unerhebliche Rolle, wie inzwischen auch von der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik (E. Kolb, R. Rürup, P. v. Oertzen, U. Kluge) eindeutig nachgewiesen worden ist. Ferner wäre auch eine Ergänzung der Quellen zum Aspekt der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik sinnvoll gewesen. Spätestens die im Jahre 1971 publizierte Monographie von K. Schwabe »Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19« hätte die Herausgeber zur Aufgabe ihrer These veranlassen sollen, die außenpolitische Konstellation des Deutschen Reichs sei primär durch sein Verhältnis zu Sowjetrußland bestimmt gewesen. Die Konsequenz hätte die Aufnahme eines kommentierten Quellenabschnitts über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in jenem Zeitraum (1918/19) sein müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß – zumal wenn noch die sehr gründliche und ausführliche Bibliographie von K. Tenfelde und das sorgfältig angelegte Register von U. Scheideler in Rechnung gestellt werden – die Herausgeber mit dieser Dokumentation für die Lehre an den Hochschulen, nicht aber für die Forschung, einen wertvollen Beitrag geleistet haben.

Horst Dähn

Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921 – 1938, 2. Aufl., Verlag das europäische buch, Berlin 1975 (Lizenzausgabe der 1. Aufl.: Dietz Verlag, Berlin/DDR 1974), 360 S., Ln., 29,50 DM.

Es hat seit dem Kriegsende fast 30 Jahre gedauert, bis eine breit angelegte Dokumentation über die wohl bedeutendste Arbeiter-Illustrierte, die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), erschien. Der kürzlich vorgelegte, reich mit Reproduktionen ausgestattete Sammelband ist

Gewiß kann nicht bestritten werden, daß in der vorliegenden Dokumentation dem Leser eine Vielzahl von wichtigen und z. T. aufschlußreichen Quellen vorgeführt wird. Es kann aber auch nicht die Tatsache übersehen werden, daß im Blick auf die editorische Einleitung eine begriffliche sowie inhaltliche Präzisierung und in der Komposition der Quellentexte die eine oder andere Änderung wünschenswert und sinnvoll gewesen wäre. Der Leser vermißt in der Einleitung eine theoretische Grundlegung des Revolutionsbegriffs, der – wie z. B. in den Versuchen der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR erkennbar – unter Zugrundelegung bestimmter Kriterien (Frage der politischen und sozioökonomischen Zielsetzungen, soziale Struktur der Revolutionsträger, Einsatz der Kampf- und Organisationsmittel) eine Charakterisierung der deutschen Revolution ermöglicht hätte. So aber bleibt die im Anschluß an F. Meinecke (Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 113) vertretene These der Herausgeber, die Revolution habe einen »konservativen Zug« getragen, relativ unpräzise. Auch die Frage nach den Chancen, nicht allein im staatlich-politischen Bereich die bisher obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsstrukturen zu demokratisieren, sondern insbesondere auch in der ökonomischen Produktionssphäre die Mit- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Arbeiter auszuweiten, wird nicht diskutiert.

Bei der Auswahl der Dokumente fällt auf, daß z. B. im Kap. IV (»Regierung, Räte und Militär«) nur sehr wenige Quellentexte enthalten sind, die Auskunft geben über die Zielsetzungen, die Organisations- und Funktionsstruktur der Arbeiter- und Soldatenräte. Über die Existenz, die Aufgaben und Arbeitsweise von Räten auf dem agrarischen und betrieblichen Sektor finden sich in diesem Kapitel überhaupt keine Angaben und in den folgenden Abschnitten nur verstreut einzelne Quellentexte. Dies ist um so bemerkenswerter, spielten doch die Räte nicht allein in Berlin, worauf sich die Dokumentation im wesentlichen beschränkt, sondern auch in den einzelnen deutschen Gliedstaaten eine – von regionalen bzw. lokalen Abweichungen abgesehen – nicht unerhebliche Rolle, wie inzwischen auch von der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik (E. Kolb, R. Rürup, P. v. Oertzen, U. Kluge) eindeutig nachgewiesen worden ist. Ferner wäre auch eine Ergänzung der Quellen zum Aspekt der Rolle Deutschlands in der internationalen Politik sinnvoll gewesen. Spätestens die im Jahre 1971 publizierte Monographie von K. Schwabe »Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19« hätte die Herausgeber zur Aufgabe ihrer These veranlassen sollen, die außenpolitische Konstellation des Deutschen Reichs sei primär durch sein Verhältnis zu Sowjetrußland bestimmt gewesen. Die Konsequenz hätte die Aufnahme eines kommentierten Quellenabschnitts über die deutsch-amerikanischen Beziehungen in jenem Zeitraum (1918/19) sein müssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß – zumal wenn noch die sehr gründliche und ausführliche Bibliographie von K. Tenfelde und das sorgfältig angelegte Register von U. Scheideler in Rechnung gestellt werden – die Herausgeber mit dieser Dokumentation für die Lehre an den Hochschulen, nicht aber für die Forschung, einen wertvollen Beitrag geleistet haben.

Horst Dähn

Heinz Willmann, Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921 – 1938, 2. Aufl., Verlag das europäische buch, Berlin 1975 (Lizenzausgabe der 1. Aufl.: Dietz Verlag, Berlin/DDR 1974), 360 S., Ln., 29,50 DM.

Es hat seit dem Kriegsende fast 30 Jahre gedauert, bis eine breit angelegte Dokumentation über die wohl bedeutendste Arbeiter-Illustrierte, die AIZ (Arbeiter-Illustrierte Zeitung), erschien. Der kürzlich vorgelegte, reich mit Reproduktionen ausgestattete Sammelband ist

primär als Erinnerungsbuch an die Weimarer Republik und die Emigrationsjahre bis 1938 angelegt. Dem Spezifischen und formal Neuen der AIZ wird der Band kaum gerecht, da er es zwar (unzulänglich) mit überliefert, aber nicht eigens herausstellt.

Heinz Willmann, langjähriger Mitarbeiter der AIZ und ab 1931 ihr Vertriebsleiter, ist mit seinem begleitenden Text der politischen Entwicklung der AIZ so weit gerecht geworden, als es die gängige DDR-Geschichtsschreibung ermöglicht. Hingewiesen sei nur auf die verschleierte Anmerkung zu Münzenberg (S. 20). Wird dieser hier immerhin noch erwähnt, erscheint er im Vorwort der ehemaligen Chefredakteurin Lilly Korpus-Becher erst gar nicht, obwohl er dann in einer Abbildung der AIZ, Nr. 118 (S. 125 des Bandes) immerhin als »Gründer der AIZ« genannt wird.

Die AIZ hatte als Vorläufer die Zeitschrift »Sowjetrußland im Bild« (seit 1921), die 1923 in »Sichel und Hammer« umbenannt wurde. Beide wurden von der Internationalen Arbeiter-Hilfe (IAH) unter der Leitung von Willi Münzenberg herausgegeben. Ab 1925 wurde die Zeitschrift als AIZ vom Neuen Deutschen Verlag übernommen, der gleichfalls der IAH zugehörte. Die so entstandene relative Unabhängigkeit von der IAH war Ausdruck dafür, daß die AIZ die engen Aufgaben einer Solidaritäts-Zeitschrift für die Sowjetunion zu überwinden begann. Sie entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einer populären Arbeiter-Illustrierten mit hoher Auflage (die Angaben schwanken zwischen 200 000–500 000 pro Woche), die keineswegs nur kommunistische Leser anzusprechen verstand. Sie war die erfolgreichste Zeitschrift des sogen. »Münzenberg-Konzerns«, die über Deutschland hinaus große Resonanz in aller Welt hatte. Nach ihrem Muster wurden – wie L. Korpus-Becher im Vorwort des Bandes berichtet – parallele Zeitschriften in Frankreich und (nach 1933) in der Tschechoslowakei gegründet.

Die Gründe dieses Erfolgs sind vielfältig. Da die AIZ durch einen Großteil der von Hugenberg abhängigen Zeitungskioske boykottiert wurde, mußte sie sich verstärkt durch »Kolporteurs« und die KPD-Organisation ein eigenes Vertriebsnetz aufbauen. Diese Vertriebsform ermöglichte einen besonders starken Rückfluß von Lesermeinungen, -wünschen und -anregungen an die Redaktion und trug so dazu bei, die Zeitschrift lebensnah zu gestalten. Die Kolporteurs, aber auch die Arbeiterfotografen und die Korrespondenten, ferner die Leseabende, Wettbewerbe usw. verstärkten den Zusammenhang von Redaktion und Lesern. Außerdem begünstigten die Produktionsbedingungen einer Wochenzeitschrift und die breite politische Zielsetzung die Absicht der Redaktion, den Akzent weniger auf politische Tagesaussagen zu setzen, als die Alltagsprobleme der Arbeiterschaft und anderer abhängiger Bevölkerungsschichten aufzugreifen.

Diese besonderen Bedingungen sind allerdings nicht allein das »Rezept« der AIZ für den Erfolg gewesen. Er muß darüber hinaus darauf zurückgeführt werden, *wie* diese Zeitschrift gemacht wurde.

Es ist auch einem größeren Publikum bekannt, daß Heartfields Fotomontagen häufig in der AIZ, zumeist als Titelblatt, erschienen. Sie sind nicht der einzige, aber der hervorragendste Ausdruck des formalen und sozial aussagekräftigen und daher massenwirksamen Avantgardismus der AIZ. Ab 1930 wurde Heartfield ständiger Mitarbeiter, ab Mitte 1932 trug er zu fast jeder Ausgabe der AIZ antifaschistische Fotomontagen bei, später war er einer der Hauptmitarbeiter der emigrierten Prager AIZ bzw. »Volks-Illustrierten«.

Die Fotomontagen (nicht nur von Heartfield) sind der Spezialfall der besonderen Leistung der Zeitschrift: der vielfältigen, teils pointiert überraschenden, teils zum recherchierenden Nachdenken angelegten Bild- und Textanordnung. Die Visualisierung der Klassenwidersprüche durch mehrschichtige Bezüge zwischen Bild und Text führte in den verschiedenen Sparten der Zeitschrift zur Entwicklung besonderer Darstellungsformen, den AIZ-spezifischen »Genres«. Zwei seien hervorgehoben:

Einmal sind die Bild-Gedichte besonders erwähnenswert. Leider sind besonders gelungene

Beispiele, etwa von Tucholsky (in Nr. 44, 1928 der AIZ), in dem Band nicht reproduziert. Ein weiteres Spezifikum der AIZ war der doppelseitige Bildbericht. Er ermöglichte mehrfache Bezüge von Bildern, Text und Graphiken, quer über beide Seiten. Leider ist kein besonders gelungenes Beispiel in die Dokumentation aufgenommen worden, bzw. es ist nur eine Hälfte (!) reproduziert worden. Es sei daher auf einen verhältnismäßig gelungenen Bildbericht in der dem Band beigefügten AIZ-Ausgabe aus dem Jahr 1934 hingewiesen. Dort wird auf einer Doppelseite zu der durch den Text getrennten Schlagzeile: »Und man sieht nur die im Lichte – die im Schatten sieht man nicht!« jeweils eine Bildreihe vom Luxusleben der Nazi-Prominenz sowie vom Elend exmittierter Familien gebracht. Die dichotomisch organisierte Bildanordnung ist Ausdruck der breiten politischen Zielsetzung der Zeitschrift, die versucht, an dem dichotomischen Bewußtsein von der Gesellschaft anzuknüpfen, das in breiten Schichten der Arbeiterschaft vorherrscht. Der interpretierende Text zwischen den Bildreihen und ihren Teil-Schlagzeilen, die ebenfalls durch zwei gegensätzliche Motti eingeleitet werden, versucht, die dichotomische Bildaussage in die Richtung einer differenzierten politischen Aussage zu verschärfen. Die Schlagzeile als Idee des Bildberichts ist (in leicht abgewandelter Formulierung) Brechts Dreigroschenfilm entnommen.

Besonders bekannt wurde eine Bildreportage (Die deutschen Filipows, 1931) über eine Arbeiterfamilie aus dem Berliner Wedding, wo 1929 die kommunistische Maidemonstration blutig niedergeschlagen worden war. Die Reportage zeigte am Beispiel der einzelnen Familienmitglieder typische Probleme der Arbeiterschaft in der Weltwirtschaftskrise auf. Durch deren politische, soziale und ökonomische Interpretation sowie deren Verbindung mit den Weddinger Ereignissen von 1929 wurde die Sympathisantenhaltung des Familienvaters zur KPD eine Orientierung für die Arbeiterleser, die die dargestellte Familie als eine von ihresgleichen angesehen haben dürften.

Da auch von dieser Reportage nur das Deckblatt in die Dokumentation aufgenommen wurde, sei auf das Heft 10 der Zeitschrift »Ästhetik und Kommunikation« hingewiesen, in dem diese und einige andere ergänzende Berichte der AIZ reproduziert worden sind. Dieses Heft stellt die bisher kritisch-produktivste Aufarbeitung der AIZ dar; die Konstruktion eines »dritten Weges« der AIZ und des »Münzenberg-Konzerns« »zwischen den verhärteten parteipolitischen Fronten« erscheint mir dort allerdings überzogen.

»Ästhetik und Kommunikation« legt mit Recht besonderen Wert auf die Entwicklung der Laienfotografie von Arbeitern und die Produktion von Betriebsreportagen. Leider wird auch in der genannten Zeitschrift die gelungenste dieser Reportagen (über Blohm & Voß) nicht abgedruckt, Willmann bringt wiederum nur die linke Hälfte.

Welche – nicht zuletzt technischen – Schwierigkeiten einer innerbetrieblichen Bildreportage und damit einer kontinuierlichen und adäquaten Thematisierung der Arbeitswelt entgegenstanden, zeigt unfreiwillig E. E. Kischs Bericht »Berlin bei der Arbeit« (S. 70, Abb. 60). Kisch gelangen aus juristisch-politischen und technischen Gründen fast nur Außenaufnahmen, die er von öffentlich zugänglichen Straßen aus herstellte.

Kischs Bericht von 1927 ist auch als direkte Replik zu Ruttmanns kaleidoskopartig-unpolitischem Film »Berlin – Symphonie einer Großstadt« zu sehen. Überhaupt blieb die AIZ nicht bei einer Kritik am Kulturbetrieb stehen, sondern brachte verschiedentlich Gegenbeiträge zu kulturellen Ereignissen, etwa zum Film »Der Kongreß tanzt« (Nr. 8, 1932) oder zu Falladas Buch »Kleiner Mann – was nun?« (S. 189, Abb. 175).

Mitte 1930 (ab Nr. 36) wurde der Kampf gegen den Faschismus zu einem Hauptthema der AIZ. Es erscheint verständlich, wenn der damals mitverantwortliche und jetzige Herausgeber des Bandes H. Willmann diesen Kampf der AIZ in besonderem Maß dokumentiert. Die Zeitschrift mußte im März 1933 nach Prag emigrieren, wo sie 1936 im Rahmen der Volksfrontpolitik zur »Volks-Illustrierten« umbenannt wurde. Unter den schwierigen Bedingungen des Exils wurde der Kampf noch verstärkt. In der Zeit bis Oktober 1938, als die

AIZ während des deutschen Einmarsches in das Sudetengebiet ihr Erscheinen einstellen mußte, waren es besonders die Fotomontagen von Heartfield, die das Bild der Zeitschrift prägten.

Hanno Möbius

Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte 1), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 81 S., kart., 8 DM.

Die Zeitgeschichte hat, wie man weiß, der modernen Literatur manches zu geben; hat auch die moderne Literatur der Zeitgeschichte etwas zu geben? Die »Lehrstück«-Theorie Brechtscher Provenienz auf bestimmte historische Situationen anzuwenden, um deren pädagogischen Gehalt für die Gegenwart zu nutzen, ist keine schlechte Idee. Der Verfasser der angezeigten Arbeit unternimmt den respektablen Versuch – und scheitert, leider.

Der Grund für sein Scheitern ist nicht dem Verfasser anzulasten, sondern prinzipieller Natur. Ein Lehrstück ist nach Brecht eine Parabel, ein Gleichnis mit dem klar ausgesprochenen Ziel, dem Zuschauer eine Doktrin anschaulich zu machen¹; eine realistische Darstellung historischer Zusammenhänge wird dabei ausdrücklich ausgeschlossen². Der Verfasser steht also vor einem Dilemma: Vorausgesetzt, eine historische Situation eigne sich zum »Lehrstück«, in diesem Fall: die bis zur Selbstaufgabe reichende Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber, die Beteiligung der Freien Gewerkschaften am »Tag der nationalen Arbeit« und ihre Liquidierung am Tag darauf – gesetzt den Fall, der Charakter dieses Vorgangs sei lehrstückhaft, so kann es der Verfasser doch nicht vermeiden, den historischen Wurzeln des gewerkschaftlichen Fehlverhaltens nachzuspüren, und die sind wie alle historischen Zusammenhänge widersprüchlich, problematisch und bar jeder paradigmatischen Eindeutigkeit, die die von Brecht geforderte Verkürzung auf klare und uneingeschränkte Folgerungen voraussetzen würde.

Zunächst bemüht sich freilich der Verfasser, historisch-kritische Bedenken beiseite zu lassen. Er verzichtet ausdrücklich auf die Darstellung oder gar Untersuchung von tieferen geschichtlichen, sozialen und sozialpsychologischen Wurzeln und beginnt im März 1930 mit dem Sturz der Großen Koalition und der Aufgabe der staatlichen Machtstellung durch Hermann Müller auf Betreiben der Gewerkschaften – eine »negative Entscheidung«. Die nächste Station in einer »verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen« ist der Staatsstreich Papens gegen Preußen am 20. Juli 1932; hier »gab es keine Ausflucht mehr [...] Gegen den offenen Staatsstreich war der aktive Widerstand zu setzen«, ganz einfach. Danach: »peinliche Annäherungsversuche gegenüber dem intriganten Kurt v. Schleicher«, alles hübsch holzschnittartig und ohne verwirrende Diskussionen über die doch recht komplexen und problematischen Entscheidungssituationen. Bis hierher hätte Brecht nichts einzuwenden gehabt.

Das ändert sich aber bei der Darstellung der Ereignisse nach dem 30. Januar 1933. Hier liegt unverkennbar das besondere Interesse des Verfassers, und damit gewinnt auch der Fachhistoriker die Oberhand über den Lehrstückschreiber. Sorgfältig differenzierend, deckt er die Hintergründe der allmählichen Anpassung der ADGB-Führung an die neuen Machthaber auf. Die Tendenz erscheint hier durchaus nicht eindeutig; die betont nationalen Töne, die sich neuerdings in gewerkschaftlichen Publikationen fanden, entsprangen nicht einfach platter Anbiederung, sondern eher einer Abwehrhaltung: Man wollte beweisen, daß die Nazis die Liebe zur Nation nicht für sich gepachtet hatten. Der Abmarsch nach rechts, auch

1 *Berthold Brecht*, Mißverständnisse über das Lehrstück, in: Suhrkamp-Werkausgabe, Bd. 17, S. 1025 ff.

2 *Berthold Brecht*, Anmerkungen zu »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, *ebda.*, S. 1179.

AIZ während des deutschen Einmarsches in das Sudetengebiet ihr Erscheinen einstellen mußte, waren es besonders die Fotomontagen von Heartfield, die das Bild der Zeitschrift prägten.

Hanno Möbius

Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933* (= Theorie und Praxis der Gewerkschaften, Themenkreis Geschichte 1), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 81 S., kart., 8 DM.

Die Zeitgeschichte hat, wie man weiß, der modernen Literatur manches zu geben; hat auch die moderne Literatur der Zeitgeschichte etwas zu geben? Die »Lehrstück«-Theorie Brechtscher Provenienz auf bestimmte historische Situationen anzuwenden, um deren pädagogischen Gehalt für die Gegenwart zu nutzen, ist keine schlechte Idee. Der Verfasser der angezeigten Arbeit unternimmt den respektablen Versuch – und scheitert, leider.

Der Grund für sein Scheitern ist nicht dem Verfasser anzulasten, sondern prinzipieller Natur. Ein Lehrstück ist nach Brecht eine Parabel, ein Gleichnis mit dem klar ausgesprochenen Ziel, dem Zuschauer eine Doktrin anschaulich zu machen¹; eine realistische Darstellung historischer Zusammenhänge wird dabei ausdrücklich ausgeschlossen². Der Verfasser steht also vor einem Dilemma: Vorausgesetzt, eine historische Situation eigne sich zum »Lehrstück«, in diesem Fall: die bis zur Selbstaufgabe reichende Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber, die Beteiligung der Freien Gewerkschaften am »Tag der nationalen Arbeit« und ihre Liquidierung am Tag darauf – gesetzt den Fall, der Charakter dieses Vorgangs sei lehrstückhaft, so kann es der Verfasser doch nicht vermeiden, den historischen Wurzeln des gewerkschaftlichen Fehlverhaltens nachzuspüren, und die sind wie alle historischen Zusammenhänge widersprüchlich, problematisch und bar jeder paradigmatischen Eindeutigkeit, die die von Brecht geforderte Verkürzung auf klare und uneingeschränkte Folgerungen voraussetzen würde.

Zunächst bemüht sich freilich der Verfasser, historisch-kritische Bedenken beiseite zu lassen. Er verzichtet ausdrücklich auf die Darstellung oder gar Untersuchung von tieferen geschichtlichen, sozialen und sozialpsychologischen Wurzeln und beginnt im März 1930 mit dem Sturz der Großen Koalition und der Aufgabe der staatlichen Machtstellung durch Hermann Müller auf Betreiben der Gewerkschaften – eine »negative Entscheidung«. Die nächste Station in einer »verhängnisvollen Serie falscher Entscheidungen« ist der Staatsstreich Papens gegen Preußen am 20. Juli 1932; hier »gab es keine Ausflucht mehr [...] Gegen den offenen Staatsstreich war der aktive Widerstand zu setzen«, ganz einfach. Danach: »peinliche Annäherungsversuche gegenüber dem intriganten Kurt v. Schleicher«, alles hübsch holzschnittartig und ohne verwirrende Diskussionen über die doch recht komplexen und problematischen Entscheidungssituationen. Bis hierher hätte Brecht nichts einzuwenden gehabt.

Das ändert sich aber bei der Darstellung der Ereignisse nach dem 30. Januar 1933. Hier liegt unverkennbar das besondere Interesse des Verfassers, und damit gewinnt auch der Fachhistoriker die Oberhand über den Lehrstückschreiber. Sorgfältig differenzierend, deckt er die Hintergründe der allmählichen Anpassung der ADGB-Führung an die neuen Machthaber auf. Die Tendenz erscheint hier durchaus nicht eindeutig; die betont nationalen Töne, die sich neuerdings in gewerkschaftlichen Publikationen fanden, entsprangen nicht einfach platter Anbiederung, sondern eher einer Abwehrhaltung: Man wollte beweisen, daß die Nazis die Liebe zur Nation nicht für sich gepachtet hatten. Der Abmarsch nach rechts, auch

1 *Berthold Brecht*, Mißverständnisse über das Lehrstück, in: Suhrkamp-Werkausgabe, Bd. 17, S. 1025 ff.

2 *Berthold Brecht*, Anmerkungen zu »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui«, *ebda.*, S. 1179.

das arbeitet der Verfasser überzeugend heraus, wurde durch die desperate putschistische Politik der kommunistischen Konkurrenz geradezu zusätzlich provoziert, und gegen den Terror – der Verfasser druckt im Anhang ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den Reichspräsidenten ab, das erschütternde Einzelheiten enthält – war man wehr- und ratlos und glaubte, durch prononciertes Wohlverhalten das Schicksal der illegal Eingekerkerten und Gefolterten mildern zu können – gewiß schwach, aber doch ehrenhaft. Schließlich war da das von Göring und Ley lancierte Gerücht, die Freien Gewerkschaften könnten im Rahmen einer Einheitsgewerkschaft eine gewisse Eigenständigkeit aufrechterhalten. Das alles waren Faktoren, die die simple, aber verbreitete Theorie vom »Verrat« der Gewerkschaftsführer ad absurdum führen und statt dessen das deprimierende Bild einer verzweifelt um das Wohl der Organisation und deren Mitglieder bemühten, aber ratlosen und desorientierten, den Geschehnissen in keiner Weise gewachsenen Führungsgarnitur begründen. Also keine lupenreinen Übeltäter; für Brecht wäre dieses Kapitel unbrauchbar gewesen.

Aber im dritten Abschnitt findet der Verfasser wieder zur alten Form zurück. Die Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften ist »verraten und verkauft«. Dem Aufruf der ADGB-Bundesführung, sich am nationalsozialistisch verbogenen »Tag der nationalen Arbeit« am 1. Mai 1933 zu beteiligen, folgt zwar eine Arbeitermasse, wie sie Berlin noch nicht gesehen hatte, aber nur »mit Bestürzung«; »hunderttausenden deutscher Arbeiter«, zitiert der Verfasser zustimmend einen ungenannten Gewerkschaftler, habe der Mai-Aufruf der Gewerkschaftsführung »Tränen der Wut und des Zornes aus den Augen gepreßt«; er konstatiert »innere Zerrissenheit«, »stumme Trauer« und »verhaltenen Zorn«.

Hier sind wir wieder mitten im Lehrstück; daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, die sich am »Tag der nationalen Arbeit« beteiligte, dies mit in der Tasche geballter Faust getan habe, ist völlig unbewiesen. Das einzige sachliche Argument, das dafür ins Treffen geführt wird, die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zwischen Februar und April 1933, die in der Tat ein bedeutendes freigewerkschaftliches Potential erkennen ließen, taugt nicht als Beweis. Betriebsratswahlen sind in erster Linie Persönlichkeitswahlen; hier werden altbekannte und -verdiente Kumpel, keine politischen Meinungen, gewählt. Die Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zum »neuen Staat« nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ist bis heute nicht unvoreingenommen und befriedigend untersucht.

Was auch immer man gegen die angezeigte Arbeit einwenden kann, auf jeden Fall besitzt sie ein unbestreitbares Verdienst: nachgewiesen zu haben, daß die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Zeitgeschichte und der Dramaturgie noch in ihren Babyschuhen steckt.

Hagen Schulze

Henry Weisser, *British Working-Class Movements and Europe 1815 – 1848*, Manchester University Press / Rowman & Littlefield, Manchester / Totowa, N. J., 1975, pp. VIII, 226, hardcover, £ 7.50.

Historians of the labour movement on Britain in the nineteenth century have all too often adopted an insular approach to the subject and have failed to deal adequately with the links forged between English and foreign workers before the establishment of the First International. The appearance of a pioneer study of some of the forerunners of the International Working Mens Association is therefore to be welcomed. Henry Weisser has examined in some detail the relations of the Chartists with certain foreign working class leaders.

The Chartist movement as such does not appear to have had any formal association with workers' organisations on the Continent but certain Chartists had close contacts with foreign exiles in England, such as the Germans Schapper, Moll, and Bauer, who were leading members in London of the League of the Just which became the Communist League in 1847.

das arbeitet der Verfasser überzeugend heraus, wurde durch die desperate putschistische Politik der kommunistischen Konkurrenz geradezu zusätzlich provoziert, und gegen den Terror – der Verfasser druckt im Anhang ein Schreiben des ADGB-Bundesvorstands an den Reichspräsidenten ab, das erschütternde Einzelheiten enthält – war man wehr- und ratlos und glaubte, durch prononciertes Wohlverhalten das Schicksal der illegal Eingekerkerten und Gefolterten mildern zu können – gewiß schwach, aber doch ehrenhaft. Schließlich war da das von Göring und Ley lancierte Gerücht, die Freien Gewerkschaften könnten im Rahmen einer Einheitsgewerkschaft eine gewisse Eigenständigkeit aufrechterhalten. Das alles waren Faktoren, die die simple, aber verbreitete Theorie vom »Verrat« der Gewerkschaftsführer ad absurdum führen und statt dessen das deprimierende Bild einer verzweifelt um das Wohl der Organisation und deren Mitglieder bemühten, aber ratlosen und desorientierten, den Geschehnissen in keiner Weise gewachsenen Führungsgarnitur begründen. Also keine lupenreinen Übeltäter; für Brecht wäre dieses Kapitel unbrauchbar gewesen.

Aber im dritten Abschnitt findet der Verfasser wieder zur alten Form zurück. Die Mitgliedschaft der Freien Gewerkschaften ist »verraten und verkauft«. Dem Aufruf der ADGB-Bundesführung, sich am nationalsozialistisch verbogenen »Tag der nationalen Arbeit« am 1. Mai 1933 zu beteiligen, folgt zwar eine Arbeitermasse, wie sie Berlin noch nicht gesehen hatte, aber nur »mit Bestürzung«; »hunderttausenden deutscher Arbeiter«, zitiert der Verfasser zustimmend einen ungenannten Gewerkschaftler, habe der Mai-Aufruf der Gewerkschaftsführung »Tränen der Wut und des Zornes aus den Augen gepreßt«; er konstatiert »innere Zerrissenheit«, »stumme Trauer« und »verhaltenen Zorn«.

Hier sind wir wieder mitten im Lehrstück; daß ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft, die sich am »Tag der nationalen Arbeit« beteiligte, dies mit in der Tasche geballter Faust getan habe, ist völlig unbewiesen. Das einzige sachliche Argument, das dafür ins Treffen geführt wird, die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zwischen Februar und April 1933, die in der Tat ein bedeutendes freigewerkschaftliches Potential erkennen ließen, taugt nicht als Beweis. Betriebsratswahlen sind in erster Linie Persönlichkeitswahlen; hier werden altbekannte und -verdiente Kumpel, keine politischen Meinungen, gewählt. Die Einstellung der deutschen Arbeiterschaft zum »neuen Staat« nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ist bis heute nicht unvoreingenommen und befriedigend untersucht.

Was auch immer man gegen die angezeigte Arbeit einwenden kann, auf jeden Fall besitzt sie ein unbestreitbares Verdienst: nachgewiesen zu haben, daß die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Zeitgeschichte und der Dramaturgie noch in ihren Babyschuhen steckt.

Hagen Schulze

Henry Weisser, *British Working-Class Movements and Europe 1815 – 1848*, Manchester University Press / Rowman & Littlefield, Manchester / Totowa, N. J., 1975, pp. VIII, 226, hardcover, £ 7.50.

Historians of the labour movement on Britain in the nineteenth century have all too often adopted an insular approach to the subject and have failed to deal adequately with the links forged between English and foreign workers before the establishment of the First International. The appearance of a pioneer study of some of the forerunners of the International Working Mens Association is therefore to be welcomed. Henry Weisser has examined in some detail the relations of the Chartists with certain foreign working class leaders.

The Chartist movement as such does not appear to have had any formal association with workers' organisations on the Continent but certain Chartists had close contacts with foreign exiles in England, such as the Germans Schapper, Moll, and Bauer, who were leading members in London of the League of the Just which became the Communist League in 1847.

Julian Harney and Ernest Jones were left-wing Chartist leaders who played an important part in establishing an international organisation known as the Fraternal Democrats, which had members of many different nationalities, the most important being Englishmen, Germans, Poles, and Italians. The beginnings of this association are obscure but it was certainly in existence in September 1845 when a public supper was organised in London to celebrate the anniversary of the establishment of the first French Republic in 1792. It was not until March 1846 that the Fraternal Democrats established a rudimentary form of organisation with a fixed membership and the appointment of six secretaries, and it was not until the end of 1847 that a set of rules was adopted.

Between 1846 and 1848 the Fraternal Democrats held many meetings, the most assiduous speakers being Ernest Jones, Julian Harney, and Karl Schapper. The activities of the association were chronicled in the »Northern Star« which is the main source of information concerning the Fraternal Democrats. The resolutions passed at meetings of the Fraternal Democrats were less concerned with economic grievances – low wages and long hours – as with political issues. The Fraternal Democrats vigorously denounced the autocratic regimes on the Continent. Above all they supported the Poles and enthusiastically hailed the Cracow rising of February 1846.

Some historians have been interested in the Fraternal Democrats simply because Marx and Engels were associated with both Julian Harney and Ernest Jones. Engels had met Harney in Leeds in 1843 and had contributed to the »Northern Star«. In November 1847 Marx and Engels came to London in the hope of gaining control over the League of the Just. But if they failed they hoped that the Fraternal Democrats would serve their purpose equally well. Marx attended and spoke at a meeting of the Fraternal Democrats which was held to celebrate the anniversary of the Polish rising of 1830. However once Marx and Engels had persuaded the League of the Just (the Communist League) to accept Marx's socialist principles they lost interest in the Fraternal Democrats.

The Chartist movement was split between the physical force (left wing) and the moral force (right wing) Chartists. The right wing, led by William Lovett, established their own organisations for keeping in touch with foreign exiles, the most famous being Mazzini. These were two ephemeral associations – the Democratic Friends of all Nations and its successor the People's International League.

Weisser's attempt to trace earlier links between British working class movements and Europe between 1815 and 1836 is less successful. All that he is able to show is that there were articles in the extreme radical press in England attacking European despots and approving of popular risings such as those in France and Poland in 1830. There is little evidence here of any serious or sustained effort on the part of leaders of the workers in England and on the Continent to make contact with each other or to co-operate in any way.

There is an aspect of the problem to which Weisser pays no attention. Perhaps because he relies to so great an extent upon the evidence supplied by radical and Chartist newspapers, he fails to appreciate that English workers were earning their living on the Continent at this time and that it was by no means unknown for workers from the Continent to settle in England. In 1825 there were probably some 1400 skilled English workers in France and in 1841 about 5000 Englishmen and Irishmen were engaged in building the railway between Paris and Rouen. When the Swiss engineer J. C. Fischer visited Manchester in 1825 he met a group of young compatriots – such as J. G. Bodmer – who were completing their training in the textile and engineering industries. In the first half of the nineteenth century more skilled artisans were moving across the Channel – in both directions – than is sometimes supposed. The personal links that they forged between families in different European countries are no less significant than those forged by leading radicals or socialists.

W. O. Henderson

Ivan Avakumovic, *The Communist Party in Canada. A History*, McClelland and Stewart Ltd., Toronto 1975, X, 309 S., kart., \$ 5.95.

The Communist Party of Canada (CPC) attained few successes but suffered many failures. To explain this dominant trend in CPC history, as well as the uniqueness ascribed to it by its opponents and supporters, Avakumovic reviews its sixty year existence. He finds two elements in which the CPC differed from other Canadian political parties and movements. For a long time its leadership and members were comprised of emigrants from Eastern Europe, its main languages were Ukrainian and Finnish. Second, throughout its history the CPC has been influenced by events, trends and interests from outside Canada (first American socialism and communism, then the Soviet Union). The second element – outside influence – might however be applied to all Canadian politics and termed the ›Canadian condition‹ since either Great Britain or the United States has dominated Canada's past and present. Therefore, the East European emigrant factor did set the CPC outside the Canadian norm and decisively molded Canadian communism. Unfortunately, the author has not probed very deeply to explain the impact of either element. In particular, he cannot come to terms with the main issue he raises: »Who the Communists were, what views they held and why they were not more successful in making converts [. . .]«. Though we receive a notion as to how many members, roughly where they were located at what times, few except four or five leaders crystalize as people with problems, ideas, motives and hopes. Though the propaganda, the shifts in tactics and policy are summarized, the views held by individuals and groups within the CPC remain hazy and undifferentiated. As to why the CPC failed to gain more members (the term ›converts‹ is certainly a Freudian and not a Marxist slip), the study remains vague, general and unsubstantiated.

The development of the CPC is presented in the following chronological fashion: origins including the impact of the Russian Revolution, the struggle for members and existence in the 1920s, growth and increased influence during the depression, the united front effort of the mid-1930s, the outlawing and rehabilitation during the second world war, the post-war spy scare, the Cold War's destructive effects, the leadership crisis of the late 1950s and regrouping of an aged, small sect in the 1960s. The criteria by which this schema appears to have been organized are Canadian political trends or internal party events. In this overview the main men and events are reviewed in a straightforward, readable manner. The author illustrates the predominance of the East Europeans who in 1929 amounted to »95 per cent of the total party membership« (p. 35). He tabulates the growth of party membership during the 1930s, especially among youth, intellectuals, trade unions and the electorate (p. 114 ff.). He illustrates the rise and decline of its periodicals and newspapers. But these aspects of the party's struggles and development remain isolated bits of solid information floating in a sea of unfounded opinions and highly questionable evidence.

The study is a semi-scholarly publication. In its documentation, its vocabulary and its sweeping opinions it approaches popularization. The following examples are taken at random and could be multiplied but a few should illustrate the author's semischolarly approach. Without citing one specific instance of a Comintern directive or one example Avakumovic asserts: »The reasoning behind the Comintern decisions on the CPC was seldom explained in detail to party activists in Canada«. Indeed, the whole section in which he presents the Comintern's influence remains without footnotes or references to sources, except to maintain that »the available evidence indicates [. . .]« (p. 22 ff.; quotation p. 23, 24). Avakumovic allows himself the following conclusion regarding the significance of the CPC's ethnic composition: »First and foremost, it strengthened the impression of those Anglo-Saxons who came into contact with Communists that the CPC was an alien growth on Canadian soil, a foreign outpost of a great power, an organization with little or nothing to offer in a North American setting. This belief was and is still widely

held, in spite of repeated attempts to identify the CPC with Canadian interests, traditions and aspirations. To a native Canadian a Communist was someone who spoke English with an accent, used jargon incomprehensible to most Canadians, read newspapers in what seemed to be exotic languages, and who lived in parts of the town that goahead Canadians were only too eager to leave« (p. 36). The author gives not one piece of evidence for this ›public opinion‹. Or, the reader is offered without proof or evidence: »there is plenty of evidence that some of the top leaders of the CPC were involved in extra-marital affairs« and since such statements are not even tied to the issue of the party's development, the overriding question remains about such gossip – so what? Or, in discussing the disciplining of ›factionalists‹ Avakumovic writes about this response to Cold War pressures: »The party leadership was on the lookout for any sign that their authority might be questioned. As soon as grounds for suspicion existed, a thorough investigation would be made to ferret out the guilty and unmask their accomplices inside and outside the [party]. A special party commission would be established to deal with the case. Party members would be invited to submit evidence and the suspect would be ordered to appear before the commission. The zealots who manned these commissions created such a Star Chamber atmosphere that many suspects declined to take part in the proceedings, which comprised indictment, detailed interrogation and sentence« (p. 217). Surely, one of the many cases could have been detailed or one example of the zealous commissions' work presented in evidence. Or, in discussing the exodus of party members after the internal crisis over ›de-Stalinization‹ during 1956, Avakumovic remarks: »Some, after a period of political hibernation, emerged as spokesmen of the New Left, or of those sections of the peace movement that were not directly controlled by the CPC in the 1960s. Several of them devoted their undeniable talents to business affairs, where they were so successful that before long they joined the ranks of Canadian millionaires« (p. 233). Again, not one name is offered to make specific such grandiose assertions. The remark about the communists becoming millionaires is also in contrast to another unsubstantiated claim in the book's conclusion about life in the movement: »They were also kept busy on humdrum tasks which often produced mediocre results and provided few opportunities for self-aggrandizement outside the Communist Party« (p. 272). If the author had explained in his preface that the publishers forced him for economic reasons not to expand his documentation, then some of the assertions might be taken in good faith. But, since footnotes document some pieces of information while leaving others unsubstantiated the reader can only conclude that the method employed is either sloppy or inept. The sociology of life in the CPC lacks the rudimentary empirical evidence which studies of political parties have had to have since Robert Michels and Max Weber made their insightful investigations in this field. A rare personal statement of what the movement meant to individual participants – »the thought that I am expelled from the Party has paralysed me to such an extent that I don't know where I am at, and what I am doing« (p. 63) – is left unexplored and unanalyzed. Likewise, the greatest documentary collection, the CPC archives which the police seized in August 1931 and which the author cites for some of his information and views, do not seem to have been utilized very systematically. (Indeed, many items are cited, like the above quotation, without reference to who stated it, when or where). A critical review could also analyze the vocabulary (»zealots«, »line«) or the lack of comparisons and case studies for assertions such as the regional distribution of the party or its trade union gains and losses (p. 67, 132 ff., for example). Some local studies, such as of the mine and mill unions' politics in Northern Ontario by John Laing, have been overlooked yet they could have provided the specificity the study lacks.

More significant than the methods are the contents. To examine the questions posed the author would have had to consider the relationship between the Communist Party of Ca-

nada and the Canadian state and society. The preface even raises this problem directly in two ways. First, it maintains: »Liberal and Conservative administrations in Ottawa and the Government of Quebec found it necessary to keep [the Communists] under surveillance, restrict their radius of action, and support those individuals and organizations that were prepared to fight the CPC and its subsidiaries«. Second, it maintains: »The history of the CPC is the story of a small number of men and women who operated mostly on the fringe rather than in the mainstream of Canadian politics«. The first issue, the relationship of the government(s) to the CPC is only haphazardly examined. Mostly it takes the form of reemphasizing those issues which memoir writers and other historians have already emphasized. The cross-Canada trek of 1935 which the police infiltrated and then forcefully disrupted, the Quebec government's Padlock Act which copied Hitler's Enabling Act including many of the methods employed under it, and the witch-hunting of the Cold War era are included. But, they are colored by further examples of semi-scholarly or simply plain prejudiced remarks. On the Cold War, for instance, he reviews some of the police spying infringements on civil rights and destruction of careers, including the suicide death of a diplomat who had been accused by an American committee(!) of being a communist. Then Avakumovic concludes: »All in all, such incidents were infrequent, and members of the [Communist Party] enjoyed a degree of privacy and freedom which their comrades in the United States, not to mention Stalin's victims in the USSR and East Europe, would have envied« (p. 207). The question is how does he know? The Canadian government has no thirty year rule for its archives and its secret police (RCMP) files are not open at all. As with so much of this book, the author could in this instance be right, but he could just as well be wrong; in any case the basis for evaluating his judgements is not supplied to the reader. On the larger issue of the relationship between the CPC and Canadian society, Avakumovic concludes: »The established order did its best to ensure that the Communists would never become a major force in Canadian politics, nor [...] a leading force among Canadian labor. Anti-Communist propaganda, the harrying of activists, the victimization or threat of victimization of militants in some walks of life, and legal action, helped minimize the Communist movement« (p. 278). First, this seems in contradiction to the already-quoted conclusion that the state, at least, did not have to resort very much to such trickery. Second, the book provides very little material which illustrates how the CPC was seen by a broader public, how the press presented its image, or how public opinion was molded on it (did the government and industry merely respond or did they initiate anti-Communist attitudes?). Since no definition of Canadian political norms and little information on what the author terms »the mainstream of Canadian politics« are presented, the numerous assertions that this party varied from the Canadian pattern can hardly be tested. There are no comparisons with other political parties – how they operated, what changes of »line« and tactics they followed (say, the Liberal Party with regard to Hitler's Germany), the numbers enrolled (to give perspective to the threefold increase of the CPC during the depression, for example), or the personalities and length of leadership (say, Buck compared to King or Manning or Smallwood). It must be added, that certainly this party varied from *some* Canadian norms, but the issue is specifically in what ways did it vary that the newspaper editorials and the party's own proclamations have not already told us? Only if differentiated answers were attempted to that kind of question would it be clear whether statements such as the following have any meaning: »Many of the day to day activities of these East European Marxists followed the pattern of Russian rather than Canadian politics« (p. 8).

The history of communist parties and movements is particularly difficult to write. Just as with all political parties and movements information is difficult to obtain on the inner councils. As with other parties the propaganda-publicity must be sifted carefully from the

programmatic statements of intent and the actual action carried out. And as is the case for many parties or movements which challenge or purport to challenge a state or society, information frequently comes from their opponents, police spies or provocateurs. But the special problem of dealing with communist parties and movements is ideological. The ideological barriers which need to be surmounted reflect the continued existence of Cold War attitudes. Frequently when a communist writes about an aspect of communist history as much explanation emerges as when a Catholic writes about St. Francis of Assisi's miracles. If a non-communist writes about a communist party, the ›leap of faith‹ is often replaced by a ›heap of criticism‹. The ideological barriers involved in writing communist history frequently result in omitting standards of judgement, critical awareness and documentation which are prerequisites elsewhere. Avakumovic, while not offering a highly critical account, has not overcome those ideological barriers. He has brought together much information but his form and method do not match the publisher's claim that his is »an objective, scholarly description«.

Dieter K. Buse